



Wort- und Kurzprotokoll der 40. Sitzung

Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Berlin, den 15. März 2023, 09:30 Uhr
Paul-Löbe-Haus - Sitzungssaal 4.300

Vorsitz: Kai Gehring, MdB

Tagesordnung

Tagesordnungspunkt 1

Seite 5

Expertengespräch zum Thema "Neue Innovationen in der Wissenschaft" mit

Zarah Bruhn

Beauftragte für Soziale Innovationen im
Bundesministerium für Bildung und Forschung

Christian Mohr

UnternehmerTUM GmbH

Matthias Wanner

Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie
gGmbH, Forschungsbereich Innovationslabore

Berichterstatter/in:

Abg. Ye-One Rhie [SPD]
Abg. Thomas Jarzombek [CDU/CSU]
Abg. Dr. Anna Christmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]
Abg. Dr. Stephan Seiter [FDP]
Abg. Dr. Michael Kaufmann [AfD]
Abg. Dr. Petra Sitte [DIE LINKE.]

Selbstbefassung 20(18)SB-41



Tagesordnungspunkt 2

Seite 23

Unterrichtung durch die Bundesregierung
Zukunftsstrategie Forschung und Innovation
BT-Drucksache 20/5710

Federführend:

Ausschuss für Bildung, Forschung und
Technikfolgenabschätzung

Mitberatend:

Rechtsausschuss
Wirtschaftsausschuss
Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft
Ausschuss für Gesundheit
Verkehrsausschuss
Ausschuss für Digitales
Ausschuss für Klimaschutz und Energie
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen
Union

Berichterstatter/in:

Abg. Holger Mann [SPD]
Abg. Thomas Jarzombek [CDU/CSU]
Abg. Dr. Anna Christmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]
Abg. Dr. Stephan Seiter [FDP]
Abg. Dr. Michael Kaufmann [AfD]
Abg. Dr. Petra Sitte [DIE LINKE.]

Tagesordnungspunkt 3

Seite 27

Antrag der Fraktion der CDU/CSU
**Hochschulische Pflegeausbildung stärken –
Pflegerische Versorgung von morgen absichern**
BT-Drucksache 20/4316

Federführend:

Ausschuss für Gesundheit

Mitberatend:

Ausschuss für Arbeit und Soziales
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Ausschuss für Bildung, Forschung und
Technikfolgenabschätzung
Haushaltsausschuss

Berichterstatter/in:

Abg. Jessica Rosenthal [SPD]
Abg. Norbert Maria Altenkamp [CDU/CSU]
Abg. Laura Kraft [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]
Abg. Friedhelm Boginski [FDP]
Abg. Dr. Marc Jongen [AfD]
Abg. Dr. Petra Sitte [DIE LINKE.]

Tagesordnungspunkt 4

Seite 27

Antrag der Abgeordneten Nicole Gohlke, Bernd
Riexinger, Gökay Akbulut, weiterer Abgeordneter
und der Fraktion DIE LINKE.
**Null-Euro-Ticket für Studierende, Auszubildende
und Schülerinnen und Schüler**
BT-Drucksache 20/5785

Federführend:

Verkehrsausschuss

Mitberatend:

Ausschuss für Bildung, Forschung und
Technikfolgenabschätzung

Berichterstatter/in:

Abg. Dr. Lina Seitzl [SPD]
Abg. Daniela Ludwig [CDU/CSU]
Abg. Laura Kraft [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]
Abg. Ria Schröder [FDP]
Abg. Nicole Höchst [AfD]
Abg. Nicole Gohlke [DIE LINKE.]



Tagesordnungspunkt 5

Seite 27

Antrag der Fraktion der CDU/CSU

**Deutschland als Innovations-, Biotechnologie- und
Pharmastandort stärken,
EU-Mittel sichern, IPCEI Health beitreten**

BT-Drucksache 20/2376

Federführend:

Wirtschaftsausschuss

Mitberatend:

Rechtsausschuss

Finanzausschuss

Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft

Ausschuss für Gesundheit

Ausschuss für Bildung, Forschung und

Technikfolgenabschätzung

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen
Union

Haushaltsausschuss

Berichterstatter/in:

Abg. Dr. Holger Becker [SPD]

Abg. Thomas Jarzombek [CDU/CSU]

Abg. Dr. Anna Christmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]

Abg. Maximilian Funke-Kaiser [FDP]

Abg. Dr. Michael Kaufmann [AfD]

Abg. Dr. Petra Sitte [DIE LINKE.]



Teilnehmende Mitglieder des Ausschusses

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
SPD	Becker, Dr. Holger Kaczmarek, Oliver Mann, Holger Rosenthal, Jessica Seitzl, Dr. Lina Völlers, Marja-Liisa Wagner, Dr. Carolin Wallstein, Maja	Rix, Sönke
CDU/CSU	Altenkamp, Norbert Maria Föhr, Alexander Gräßle, Dr. Ingeborg Grütters, Monika Jarzombek, Thomas Ludwig, Daniela Rohwer, Lars Staffler, Katrin	Rupprecht, Albert
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Christmann, Dr. Anna Gehring, Kai Kraft, Laura Reinalter, Dr. Anja Schönberger, Marlene Stahr, Nina	
FDP	Funke-Kaiser, Maximilian Heidt, Peter Schröder, Ria Seiter, Dr. Stephan	
AfD	Frömming, Dr. Götz Höchst, Nicole Kaufmann, Dr. Michael	
DIE LINKE.	Sitte, Dr. Petra	



Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Vorsitzende **Kai Gehring**: Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße Sie und euch ganz herzlich zur 40. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung. Gestern haben wir uns noch auf dem Bildungsgipfel des Ministeriums gesehen. Heute wird der Ausschuss sehr geprägt sein von forschungs- und innovationspolitischen Diskussionen. Zum heutigen Ablauf; interfraktionell ist wie folgt vorsortiert worden: Es gibt keine Tagesordnungspunkte die abgesetzt oder vertagt werden. Es gibt zwei Tagesordnungspunkte, die ohne Debatte zu Beginn abgeschlossen werden. Tagesordnungspunkt 3 wird das Thema "Hochschulische Pflegeausbildung" in der Federführung des Gesundheitsausschusses sein, Tagesordnungspunkt 4, das Null-Euro-Ticket, Federführung Verkehrsausschuss. Wir haben drei Tagesordnungspunkte, die jetzt in dieser 40. Sitzung beraten werden. Tagesordnungspunkt 1, unser Expertinnen- und Expertengespräch, Tagesordnungspunkt 2 "Zukunftsstrategie, Forschung und Innovation" und Tagesordnungspunkt 5 Antrag der CDU/CSU-Fraktion zum Innovationsstandort Deutschland. Bevor wir beginnen, möchte ich auch noch einmal persönlich Herrn Alexander Föhr begrüßen. Das ist der neue Kollege in der AG Bildung und Forschung der CDU/CSU-Fraktion, herzlich willkommen hier im Ausschuss.

Tagesordnungspunkt 1

Expertengespräch zum Thema "Neue Innovationen in der Wissenschaft" mit

Zarah Bruhn
Beauftragte für Soziale Innovationen im
Bundesministerium für Bildung und Forschung

Christian Mohr
UnternehmerTUM GmbH

Matthias Wanner
Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie
gGmbH, Forschungsbereich Innovationslabore

Selbstbefassung 20(18)SB-41

Der **Vorsitzende**: Ich rufe jetzt die zu beratenden

Tagesordnungspunkte auf und beginne mit dem Tagesordnungspunkt 1, unserem Expertinnen- und Expertengespräch zum Thema "Neue Innovationen in der Wissenschaft". Als unsere Gesprächspartnerin und Gesprächspartner möchte ich ganz herzlich begrüßen Zarah Bruhn, die Beauftragte für Soziale Innovationen im Bundesministerium für Bildung und Forschung, die bereits zum zweiten Mal in dieser Wahlperiode bei uns im Ausschuss ist. Herzlich willkommen. Ich begrüße Christian Mohr von der UnternehmerTUM GmbH, er ist per Webex digital zugeschaltet. Und ich begrüße hier bei uns im Ausschusssaal Matthias Wanner vom Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie gGmbH aus dem Forschungsbereich Innovationslabore.

Bei diesem Gespräch handelt es sich um eine Selbstbefassung. Die Berichterstatter/-innen sind die Abgeordnetenkollegen Holger Mann für die SPD-Fraktion, Thomas Jarzombek für die CDU/CSU-Fraktion. Dr. Anna Christmann für die BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Dr. Stephan Seiter für die FDP, Dr. Michael Kaufmann für die AfD und Dr. Petra Sitte für DIE LINKE. Zur Strukturierung des Gesprächs ein paar sachdienliche Hinweise vorweg: Gemäß unserer interfraktionellen Vereinbarung werden die Sachverständigen zu Beginn die Gelegenheit für ein fünf-minütiges Eingangsstatement haben. Der Aufruf wird in alphabetischer Reihenfolge stattfinden. Die Berichterstatterinnen und Berichterstatter werden nach der Fraktionsstärke aufgerufen. Jedem steht das übliche fünf-Minuten-Frage-Antwort-Kontingent zur Verfügung. Das heißt, dass in diesem Zeitrahmen sowohl die Fragen gestellt werden können als auch die Antworten gegeben werden müssen. Daher der Hinweis, wenn Sie 4:45 Minuten Fragen stellen, sind 15 Sekunden sehr kurz für eine Antwort. Deshalb bitte ich um wechselseitige Disziplin. Das Gespräch soll um circa 11 Uhr enden. Es wird ein Wortprotokoll erstellt. Nun freuen wir uns jetzt auf die Eingangsstatements.

Ich möchte kurz noch darauf hinweisen, dass die Anzahl an Forscherinnen und Forschern noch nie so groß war wie heute. Das gilt auch für die Anzahl der Veröffentlichungen und Innovationen, welche aus Sicht unseres Ausschusses ein wichtiger Schlüssel sind für die Bewältigung der großen gesellschaftlichen und globalen



Herausforderungen. Sie sind ebenfalls ein Schlüssel dafür, dass wir in den letzten Jahren so miteinander diskutieren konnten und, dass sich sowohl unser Innovationsverständnis als auch unser Transferverständnis ausgeweitet hat. Wir sprechen nicht mehr nur über technische Innovationen, sondern auch über soziale, ökologische und digitale Innovationen oder über Folgewirkungen technischer Innovationen für die soziale und ökologische Entwicklung. Beim Transfer blicken wir nicht mehr nur auf Transfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft und umgekehrt, sondern auch auf den gesellschaftlichen Transfer von der Zivilgesellschaft in die Wissenschaft und umgekehrt. Die missionsorientierte Zukunftsstrategie für Forschung und Innovation, die Teile dessen mit aufgreift, besprechen wir im nächsten Tagesordnungspunkt.

SVe Zarah Bruhn (Beauftragte für Soziale Innovationen im Bundesministerium für Bildung und Forschung): Vielen Dank. Ich freue mich zum zweiten Mal hier zu sein. Das heutige Thema sind neue Innovationen in der Wissenschaft. Meiner Meinung nach spielen soziale Innovationen eine zentrale Rolle. Vor fünf bis zehn Jahren waren soziale Innovationen in der Wissenschaft noch nicht so verbreitet. Heute ist das Thema an fast allen Hochschulen ein großes Trendthema – es ist upcoming. Überall entstehen gerade soziale Innovationen und Lehrgänge für soziale Innovationen. Es wird insbesondere im Bereich Wirkungsmessung viel geforscht und ich glaube, gerade in Deutschland, aber auch international, gibt es ein großes Verständnis dafür, wie soziale Innovationen zur sozial-ökologischen Transformation beitragen können und welches Gewicht sie haben. Es ist unsere gemeinsame Aufgabe, soziale Innovationen auf Augenhöhe mit technologischen Innovationen zu bringen und beide Arten als Zwilling zu begreifen und nicht als Alternativen. Wir sollten bei allen Innovationen, egal ob technologisch oder aus der Gesellschaft heraus, überlegen: Wie wirkt die Innovation sich gesellschaftlich aus? Das Thema Wirkungsmessungen ist auch für Hochschulen ein sehr zentrales Forschungsfeld, für das dort Lösungen entstehen können. Wie kann man gesellschaftlichen Wandel und Mehrwert messbar machen? Etwa in CO₂-Einsparungen, in Menschen, die mehr integriert sind und in

besserer Lebensqualität? Bessere Lebensqualität, gesellschaftlicher Zusammenhalt, das sind Begriffe die ein breites Feld suggerieren. Bei den meisten finden diese Begriffe großen Anklang, aber richtig etwas damit anfangen kann keiner. Ich glaube daher, dass die zentrale Rolle der Wissenschaft ist, diese Begriffe greifbar und messbar zu machen, quantifizierbar zu machen. Sie kann helfen soziale Innovationen und gesellschaftlichen Mehrwert als Währung zu sehen, die in tatsächliche Investitionsentscheidungen eingepreist werden kann. Der Staat, die Wirtschaft und die Gesellschaft machen zunehmend Investitionen, bei denen die gesellschaftliche Auswirkung beachtet werden sollte. Outcome-basiert arbeiten nennt sich dies. Insbesondere das Thema soziale Innovationen ist auch international ein florierendes Feld. Portugal hat gerade eine Agenda for Impact 2030 herausgebracht. Auch in der EU gibt es schon lange das Thema Social Economy – Social Economy Action Plan – bei dem soziale Innovationen eine sehr zentrale Rolle spielen. Auch in Spanien und Frankreich ist das Thema angesagt – nicht nur in der Forschung an den Hochschulen. Hochschulen sind ein ganz zentraler Treiber, um das Thema groß zu machen. Sie sind Kompetenzzentren für soziale Innovationen. Es ist die Frage nach dem Capacity Building. Also wie können Hochschulen, Studierende und Promovierende fit gemacht werden, nicht nur technologische Start-ups in den Transfer zu bringen, sondern auch gesellschaftlich soziale Start-ups. Wir haben gerade vom neuen Transferverständnis gesprochen. Die Hochschulen spielen auch dabei eine Rolle, sie können – neben der Wirkungsmessung – Ökosysteme aufzubauen, Menschen zusammenzubringen und informieren. Wie kann das Thema aber nun stärker in Lehrveranstaltungen verankert werden? Gesellschaftliche und soziale Innovationen entstehen aus der Gesellschaft, aus den Brennpunkten heraus und weniger aus dem Labor. Dafür muss die Rolle der Hochschulen in der Zukunft noch definiert werden. Sie können Begleiter, Weggefährten und Ökosystembilder sein und müssen nicht immer als Initiatoren agieren. Ich glaube, das wird ein sehr spannender Prozess. Der Drang der Hochschulen, soziale Innovationen stärker bei sich zu verankern, ist hoch. Wir haben eine Förderlinie dazu aufgelegt, „Gesellschaft der



Innovationen“, in der wir ein Vernetzungsprojekt zwischen den Hochschulen entwickelt und Weiterbildungsinstrumente angeboten haben. Innerhalb eines kurzen Bewerbungszeitraums haben sich über 72 Hochschulen beworben. Zahlreiche Anfragen gingen noch nach Ende des Bewerbungszeitraumes ein. Das Thema ist so spannend. Was auch spannend ist, ist, dass nicht nur große Universitäten das Thema aufgreifen, sondern insbesondere Universitäten und Fachhochschulen in ländlichen Regionen. In Neu-Ulm gibt es Studiengänge für soziale Innovation – Eberswalde ist führend. Ich glaube es bleibt spannend, weil soziale Innovationen aus der Zivilgesellschaft heraus entstehen.

SV Christian Mohr (UnternehmerTUM GmbH):
Guten Morgen. Danke, dass ich heute virtuell teilnehmen darf. Wir haben es eingangs schon gehört, Deutschland ist ein Hightech-Land mit Spitzenforschung. Aber jetzt gleich zu Beginn der Wermutstropfen: Wenn es darum geht, die Forschungsergebnisse, die Innovationen und entsprechend auch in die Wirtschaft im Land zu behalten, ist Deutschland im internationalen Vergleich ein Leichtgewicht. Die Neuauflage einer OECD-Studie, Indicators of talent attractiveness, hat für die Mitgliedsstaaten analysiert, wie die Rahmenbedingungen für qualifizierte Migranten aktuell aussehen. Während Deutschland für Studierende insbesondere im Master Bereich beste Möglichkeiten bietet, fällt es im internationalen Wettbewerb für hoch qualifizierte Fachkräfte und Unternehmensansiedlungen und Zahl der Gründer aus dem Ausland zurück.

In den USA ist es mittlerweile eine gute Tradition, dass Geschäftsmodelle bei dem erfolgreichen Lösen aus der Wissenschaft in die Wirtschaft überführt werden. In Deutschland ist dieser Trend mittlerweile auf einem guten Weg, aber da ist noch viel Luft nach oben. Dabei würden alle Beteiligten von der Gründung aus akademischen Einrichtung profitieren. Die Umsetzung der Forschungsergebnisse führt zu regionalem Wachstum und steigert die Innovationsfähigkeit und den internationalen Wettbewerb. Im ersten Schritt glauben wir, dass der Entrepreneurial Spirit – die Gründungserfahrung – im Wertesystem von Forschung und Lehre verankert werden muss. Für Wissenschaftler ist das marktwirtschaftliche Umfeld ein unbekannteste

Terrain, sowohl der Gründungsprozess als auch die Finanzierungsmöglichkeiten. Hier können vor allem Wissenschaftler schnell den Überblick verlieren. Deswegen bieten, wie bereits erörtert, Universitäten mittlerweile sehr viele Informationsangebote, Gründungsseminare, Netzwerktreffen, aber auch Kontakte in die Wirtschaft an. Wer Gründungskompetenz hat, hat einen klaren Vorteil und ist wettbewerbsfähiger, wenn es um die Gründung aus der Wissenschaft heraus geht. Die Startfinanzierung ist dabei das Entscheidende. Es braucht vor allem eine stärkere und vereinfachte finanzielle Unterstützung. In diesem Zusammenhang verweise ich erneut in die USA. Dort ist die Bereitschaft, die Kommerzialisierung von Ideen aus der Wissenschaft zu fördern, sehr viel größer. Ich nenne ein Beispiel: Die Universität Berkeley erhält insbesondere durch das sogenannte IPops-Programm mehrere Milliarden US-Dollar pro Jahr. Mit diesem Geld wurden in den letzten Jahren mehr als 1.000 Teams gefördert, um den Schritt aus der Wissenschaft in die Wirtschaft vollziehen zu können. Von solchen Fördergeldern – mit Verlaub – können deutsche Einrichtungen aktuell im internationalen Wettbewerb nur träumen. Zeitgleich müssen die Rahmenbedingungen für die Zuwanderung, berufliche Chancen, Integration und das Steuersystem innovationsfördernd sein, um einen signifikanten wissenschaftlichen Beitrag mittels Gründungen leisten und neue Arbeitsplätze schaffen zu können. Dies kann durch die Bündelung der bestehenden Kräfte, die Kombination der Kompetenzen und eine partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen den zentralen Akteuren im Innovationsökosystem erreicht werden. Diese Akteure sind insbesondere Universitäten und Forschungseinrichtungen – sie bilden die Talente aus. Weiter sind es Start-ups, Gründerzentren und Investoren. Hinzu kommen zudem Business Angels in den Frühphasen und etablierte Unternehmen. Bei den etablierten Unternehmen steht familiengeführter Mittelstand mit Markt Know-how im Fokus, der die Skalierung befähigen kann. Zu guter Letzt die öffentliche Hand, sie schafft die notwendigen Rahmenbedingungen für die Innovationsimpulse. Wenn alle vier Parteien optimal zusammenwirken, können flächendeckend viele neue Unternehmen entstehen. Technologien und Marktführer können heranwachsen und



gesamtwirtschaftlich dazu beitragen, die Nachfolgelücke im Mittelstand von mehr als 300.000 Unternehmen in den kommenden Jahren zu schließen. In München gelingt dieses Kooperationsmodell aus unserer Sicht herausragend. Konkret haben sich die TU München, das UnternehmerTUM, das Gründungszentrum, die Familienunternehmerin Susanne Klatten sowie die Landeshauptstadt und der Freistaat als Partnerschaft zusammengetan. Durch die kontinuierliche Zusammenarbeit über 20 Jahre hinweg bringt dieses Umfeld mittlerweile mehr Gründer hervor als jedes andere Hochschulcluster in Deutschland. Nicht zuletzt bezeichnet die Presse dieses Cluster als bayerisches Stanford, Münchner Start-up Fabrik und Deutsches Silicon Valley. Besonders wachstumsstarke innovative Unternehmen wie Livium, C Lohnes, Flix Bus, Isar Aerospace, Personio und viele weitere haben den letzten Jahren mehrere Milliarden Venture Capital aus dem Ausland angezogen, aber noch viel wichtiger – hochwertige Arbeitsplätze geschaffen. Dies wiederum hat Sogeffekte auf Konzerne wie Apple und Google in München. Neben der Bündelung dieser privatwirtschaftlichen und öffentlichen Kräfte basierte der Erfolg in München auf folgende Faktoren:

Erstens: Die Technische Universität hat sich das Thema Entrepreneurial Spirit auf die Agenda geschrieben.

Zweitens: Die UnternehmerTUM GmbH ist mittlerweile ein professionelles, wirtschaftlich eigenständiges Gründerzentrum, das von der Idee bis zur Ausbildung professionell begleitet und sich eigenständig finanziert.

Drittens: Die Unternehmerin Susanne Klatten begleitet dieses Konstrukt seit über 20 Jahren und ist seit der Gründung der UnternehmerTUM GmbH dort Aufsichtsratsvorsitzende.

Viertens: Die öffentliche Hand in Form der EU-Kommission, der Bundesregierung, der bayerischen Landesregierung und der Landeshauptstadt München begleitet und unterstützt diese Förderaktivitäten seit Beginn an. Zuletzt durch die Gründung und den Aufbau des Munich Urban Colabs, in dem ich heute sitze – einen Gründungscampus rund um das Thema Stadt der Zukunft. Um bei der Verwertung von

neuen Ideen in kommerzielle Lösungen wesentlich erfolgreicher zu werden, braucht es einen neuen unternehmerischen Aufbruch, eine Vision für das Land und ein neues Zusammenwirken der relevanten Akteure in unserem Innovationsökosystem für den internationalen Wettbewerb.

SV Matthias Wanner (Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie gGmbH): Wir wurden für eine Stellungnahme zu Reallaboren angefragt. Deswegen möchte ich kurz mit einer Definition beginnen. Reallabore sind, so wie wir sie verstehen, ein Forschungsansatz, der zwei Forschungsstränge verbindet. Einmal die inter- und transdisziplinäre Forschung und zum anderen die transformierte Forschung. Sie sind damit eine Ergänzung zur Grundlagenforschung. Sie sind anwendungsorientiert und sehr partizipationsorientiert. In den letzten Jahren haben sich in beiden Teilen der Community fünf Punkte als Kerncharakteristika von Reallaboren herausgebildet.

Zum einen sind Reallabore da, um einen Beitrag zur Nachhaltigkeitstransformation zu leisten. Zum zweiten sollen sie lösungsoffene Realexperimente als Kernmethode der Innovation nutzen. Drittens sollen sie als Kernmodus transinterdisziplinär forschen. Viertens sollen sie sich auf Lernprozess und Reflexivität fokussieren und fünftens sich auf Langfristigkeit, Skalierbarkeit und Transfer ausrichten. Das knüpft an das an, was Frau Bruhn gesagt hat.

Neben den Reallaboren sind international Urban Living Labs und national Sustainable Living Labs entstanden. Welche Bedeutung wird diesen Reallaboren zugeschrieben und welche Erwartungen bestehen an die Reallabore? Die Förderkulisse ist in letzten zehn Jahren sehr stark angewachsen. Es gibt Netzwerke sowie das Netzwerk „Reallabore der Nachhaltigkeit“ und natürlich auch das BMWK-Netzwerk zu Reallaboren. Was versprechen sich die Förderer von den Reallaboren? Da sind vier Punkte zu nennen. Das eine sind natürlich technische Innovationen. Die Förderer erhoffen sich, dass Innovationen schneller und sicherer getestet werden können, damit sich die Lücke zwischen Entwicklung und Marktreife verkleinert. Ein Stichwort ist hier regulatives Lernen, der Schwerpunkt des BMWK. Das zweite sind die



schon genannten sozialen Innovationen im Sinne einer neuen Konfiguration oder Neukombination von sozialen Praktiken. Soziale Innovationen gilt es zu pilotieren, zu testen und zu verbreiten – zum Beispiel veränderte Mobilitätskulturen. Drittens geht es insgesamt darum, den Weg vom Wissen zum Handeln zu beschleunigen. Ganz konkret mit Wissenschaft als Kompetenzträger für diese Prozesse. Und viertens - ein bisschen grundsätzlicher - ging es auch immer darum, das Verhältnis zwischen Forschung und Gesellschaft neu zu gestalten. Das Stichwort hierzu ist Teilhabe an der Wissensproduktion.

Wenn nun Reallabore all diese Funktionen erfüllen sollen, brauchen sie natürlich zum einen eine gewisse konzeptionelle Klarheit. Das Prinzip „anything goes“, was etwa in der anwendungsorientierten Forschung gilt, darf nicht angewendet werden. Zum anderen benötigen sie passende Rahmenbedingungen. Dafür habe ich sechs Thesen mitgebracht.

Erstens: Es braucht eine kontinuierliche Förderung. Reallabore müssen stärker als langfristige soziotechnische Infrastruktur für die Durchführung von Realexperimenten verstanden werden. Häufig reichen die üblichen drei Jahre Förderung nicht aus.

Das zweite ist, es bedarf einer angepassten Finanzierung, insbesondere für die Co-Creations-Partnerschaften. Auch in Forschungsprojekten müssen gesellschaftliche Akteure wie teilnehmende Kommunen, Haushalte und die organisierte Zivilgesellschaft eine adäquate Förderung erhalten können. Es ist wichtig, dass Reallabore in Richtung der Gesellschaft nicht als Instrument zur Akzeptanzförderung von bereits beschlossenen Maßnahmen herhalten. Wir brauchen echte Augenhöhe.

Drittens bedarf es eines Capacity-Aufbau für Reallaborforschung. Dazu brauchen wir in der Wissenschaft, sowohl in Lehre und Forschung als auch im institutionellen Setting, mehr Kapazitäten und Finanzierungen für Reallabore. In der brauchen wir Praxis Aus- und Weiterbildungsangebote, die insbesondere auch zur Klärung dieser gesellschaftlichen Rollen in offenen Innovationsprozessen beitragen. Auch dafür braucht man längere Fördermaßnahmen und die wichtigen Intermediäre. Die Netzwerke, diese

Wissensträger/-innen, müssen förderfähig werden.

Das Vierte wurde bereits angesprochen, das ist die Wirksamkeit. Reallabore sind ein relativ junges Instrument und entsprechend gibt es noch keine langen oder ausführlichen Forschungen dazu. Diese werden folgen. Wir fordern, dass in neuen Projekten eine saubere Operationalisierung von Wirkungsketten erfolgt und dass wir längerfristige Analysen über Projektzeitläufe hinaus durchführen dürfen. Dazu wäre es sinnvoll, wenn Projekte vergleichbarer werden, also ein transparentes Reporting stattfindet, um vergleichen zu können was gut gelungen ist und was nicht.

Das Fünfte sind Experimentierklauseln. Das ist ein wichtiger Punkt, weil Realexperimente rechtliche Sicherheit, sowohl in Genehmigungs- als auch in Haftungsfragen benötigen. An dieser Stelle sind die Initiativen des BMWK und der EU sehr zu begrüßen.

Ich möchte mit dem Punkt Nachhaltigkeit schließen. Reallabore sind kein Selbstzweck und sie sind auch kein Instrument zur reinen Innovationsförderung, sondern sie müssen als Instrument zur Nachhaltigkeitstransformation verstanden werden. Wir brauchen soziale Innovationen im gesellschaftlichen Kulturwandel des Konsumierens und Produzierens mindestens so dringend wie die technischen Innovationen.

Abg. **Holger Mann** (SPD): Dass der Transfer von Wissenschaft und Forschung in die Anwendung gestärkt werden muss, ist mittlerweile der Karthago-Satz der Wissenschaftspolitik. Als European Paradox wird beschrieben, dass wir in Europa, und nicht zuletzt in Deutschland, gut in der Spitzenforschung sind, aber viel zu schwach, um diese in Innovation oder Ausgründung zu wandeln. Herr Mohr hat meine Frage schon mit seinem Vortrag beantwortet. In diesem Ausschuss beleuchten wir häufig nur auf die technologiepolitischen Themen. Deswegen möchte ich zwei Fragen an die anderen Expert/-innen richten:

Herr Wanner, Sie sagten, Sie verfolgen in Ihrer Forschung unter anderem den Bottom-up-Ansatz. Das ist etwas, was wir auch mit der Zukunftsstrategie, in der Wissenschaftskommunikation und in anderen Maßnahmen stärken wollen. Sie sagten, die



Reallabore müssten mit technischen Innovationen auf Augenhöhe stehen, es solle nicht nur darum gehen, Akzeptanz zu fördern. Was können wir als Politik neben adäquaten Finanzierungsmöglichkeiten, adäquat nach Höhe und Zeit, tun, um Augenhöhe und Akzeptanz herzustellen?

Frau Bruhn, Sie sind seit letztem Jahr im Amt und haben inzwischen einen anderen Blick auf das Feld. Was hat sich in der Wahrnehmung sozialer Innovation verändert, insbesondere nach dem wir in der Zukunftsstrategie eine Erhöhung der Förderlinien für dieses Feld festgeschrieben haben? Was sind die nächsten Schritte?

Sve Zarah Bruhn (Beauftragte für Soziale Innovation im BMBF): Durch meine Beauftragung ist das Thema zumindest in der Wahrnehmung des BMBF seit letztem Jahr omnipräsent. Ich hoffe, dass ich es in der Bundesregierung noch stärker präsent machen konnte. Meine Aufgabe ist es natürlich die Aufmerksamkeit auf soziale Innovationen zu lenken und deren Sichtbarkeit zu fördern. Die Sichtbarkeit wandelt sich generell, der Sektor wächst rasant. Beispielsweise hat die Universität Sankt Gallen vor kurzem ein großes „Center for Social Innovation“ eröffnet. Dieser Trend setzt sich fort. Wir haben auch mit der UnternehmerTUM GmbH Gespräche geführt. Auch sie möchte das Thema soziale Innovationen grundsätzlich stärker verankern. Alle Universitäten, mit denen wir im Gespräch sind, führen bereits Maßnahmen durch oder planen solche, um soziale Innovationen in ihr Gefüge aufzunehmen. Was können wir tun, wie unterstützt der Bund? Wir haben großes Interesse, dies ist meiner Meinung nach ein Teil des Momentums, welches in den letzten Jahren entstanden ist, auch, weil sich international viel bewegt hat. Zum Thema Zukunftsstrategie ist zu sagen, dass wir uns freuen, dass es beschlossen wurde. Soziale Innovationen spielen darin eine große Rolle. Wir arbeiten in der gemeinsamen Federführung mit dem BMWK an der Strategie für soziale Innovationen und gemeinwohlorientierte Unternehmen. Wir befinden uns momentan in der Ressortabstimmung und wollen noch vor dem Sommer darüber abgestimmt haben.

SV Matthias Wanner (Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie gGmbH): Meiner Meinung nach können wir die Akzeptanz

erhöhen, indem wir die Langfristigkeit lokal stärker sichtbar machen. Oft erleben die lokalen Akteure und Akteurinnen Forschung als „Wanderzirkus“. Für zwei bis drei Jahre kommt jemand und forscht, danach ist er wieder weg und jemand neues folgt. Wenn sie tatsächlich langfristig Vertrauen und Akzeptanz vor Ort fördern wollen, brauchen Sie sowohl Einzelakteure als auch Hochschulen und visitäre Centren, die sich wirklich langfristig mit regionalen Innovationssystemen verbunden fühlen und Ansprechpersonen vor Ort stellen, damit Vertrauen und Verlässlichkeit entsteht. Ob Vertrauen entsteht, hängt wiederum von dem bisherigen Verständnis der Förderung ab. Wir werden leider oft als der besagte „Wanderzirkus“ wahrgenommen, der irgendetwas innoviert, aber nicht bleibt und keine Ressourcen hat, um längerfristig in einen Beziehungsaufbau zu gehen und die Transferkosten zu reduzieren.

Abg. **Thomas Jarzombek** (CDU/CSU): Ich möchte eine Vorbemerkung machen: Wir als Union finden es gut und richtig, sich mit dem Thema Soziale Innovation und Social Entrepreneurship zu befassen. Ich möchte aber darauf hinweisen, dass die Strategie, die von der Ministerin für das letzte Jahr angekündigt wurde, erst dieses Jahr vor dem Sommer kommen soll. Ich glaube, es ist auch wichtig, dass wir uns nicht nur auf soziale Innovation fokussieren, sondern stärker auf die Umwandlung der Exzellenz aus der Forschung in Produkte und Dienstleistungen.

Meine Fragen richten sich an Herrn Mohr: Sie haben in Ihrem Vortrag gesagt, es braucht einen besseren „Entrepreneurial Spirit“ an den Hochschulen. Für Wissenschaftler/-innen stellt sich heute insbesondere die Frage, wie viele Publikationen sie für die eigene Karriere erzielen. Meine erste Frage ist daher, sehen Sie Ideen, wie man andere KPIs (Key Performance Indicators) anreizen kann für diesen Entrepreneurial Spirit?

Die zweite Frage ist, wie Sie bei UnternehmerTUM GmbH an der TU München mit dem Thema IP (Intellectual property) und Patente umgehen. Es wird uns immer wieder als Problem beschrieben, dass teilweise jahrelange Patentverhandlungen stattfinden.

Die dritte Frage betrifft das Thema Zuwendungen für Talente und Professuren. Wir sehen gerade im



Bereich des Auswärtigen Amtes sehr lange Verfahrensdauern. Teilen Sie die Ansicht, dass es ein Problem darstellt, dass das Onboarding in Deutschland sehr lange dauert?

SV Christian Mohr (UnternehmerTUM GmbH): Sehr gerne, ich gehe auf den ersten Punkt ein. Ja, ich teile die Meinung. Natürlich sind aktuell Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sehr getrieben von Publikationen mit entsprechenden Veröffentlichungszahlen. Ich glaube tatsächlich, und das zeigt sich auch an der TU München aktuell, dass es ein bestimmtes Klientel an Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern benötigt, die den Schritt in die Gründung machen möchten. Damit geht in der wissenschaftlichen Landschaft eine KPI wie Anzahl der Unternehmensgründungen oder Ausgründungen einher. Diese könnte mit der der Anzahl der Veröffentlichungen ins Gleichgewicht kommen. Insofern könnte auch diese KPI (Anzahl der Unternehmensgründungen) auf einer wissenschaftlichen Ebene eingeführt werden.

Ich habe es eingangs schon einmal erwähnt, die UnternehmerTUM GmbH ist ein wirtschaftlich eigenständiges Gründungszentrum. Das ist aus meiner Sicht auch auf die Themen soziale Innovation und Reallabore bezogen ein entscheidender Faktor. Das heißt, wir finanzieren uns zu großen Teilen selber und sind nicht von öffentlichen Fördergeldern abhängig. Das ist ein immanenter Schritt, um das Unternehmertum überhaupt vorantreiben zu können. Wie können wir diese Aufgabe, Ideen aus der Wissenschaft in die Wirtschaft zu überführen, in den nächsten Jahren noch besser ausführen? Wir haben gemeinsam mit der TU München vor gut einem Jahr eine Kooperation, ein Joint Venture, gegründet. Es nennt sich „TUM Venture Labs“. Dort überführen wir, auf Basis von dedizierten Technologie Domains, das Wissen aus der Wissenschaft, von den Hochschulen und den Lehrstühlen, direkt an Unternehmen in der Wirtschaft. Wir haben mittlerweile Personen für die Betreuung eingestellt und Teams aufgebaut. Aktuell befinden sich mehr als 100 Teams in der Betreuung, die diesen Weg gehen.

Das dritte Thema zu dem Stichwort Rahmenbedingungen habe ich auch eingangs mit Bezug auf die OECD-Studie erwähnt. Ja, die Verfahren sind aus meiner Sicht zu lang und zu

kompliziert. Sie schrecken ausländische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, aber auch gründungsbereite Personen de facto ab. Es gibt Fälle, in denen Personen über Monate auf ihre Antragsverfahren warten. Diese entscheiden sich für einen anderen Standort als Deutschland, in uns bekannten Fällen für die USA, Kanada oder ähnliches.

Abg. **Thomas Jarzombek** (CDU/CSU): Danke für die kurze Antwort. Deshalb noch eine Frage: Sie haben vorhin von der Universität Berkeley als Role-Model, was das Thema Finanzierung der Ausgründung betrifft, gesprochen. Vielleicht könnten Sie uns dazu noch etwas sagen.

SV Christian Mohr (UnternehmerTUM GmbH): Die Universität Berkeley erhält über das sogenannte US National Science Innovation Corps, kurz I-Corps-Programm, finanzielle Förderung. Das waren allein im aktuellen budgetierten Rahmen gut 3 Milliarden Dollar, die dazu dienen, wissenschaftliche Personen mit ihren Ideen konstruktiv, aber auch effizient, dazu zu bewegen sich aus dem wissenschaftlichen Alltag heraus zu bewegen und auszugründen. Allein das Volumen an Mitteln bedingt die Möglichkeit, entsprechendes Personal zu haben, welches sich direkt vor Ort mit den Wissenschaften austauscht, sich Wissen rund um Gründung und Finanzierungsmöglichkeiten aneignet, um die Wissenschaftler an die Hand zu nehmen und auf dem Weg zur Gründung zu begleiten. Wie eingangs erwähnt, ist das Thema Gründen und Marktwirtschaft für viele Wissenschaftler neues Terrain. Daher braucht es entsprechendes Personal, welches Unterstützung leistet. Mit diesem Weg wird das eindrücklich und sehr erfolgreich.

Abg. **Dr. Anna Christmann** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herzlichen Dank. Wir freuen uns über das Thema der heutigen Anhörung und ich möchte vorweg schicken, dass die Themen, welche die drei Referent/-innen vertreten, gerade in Bearbeitung sind. Die UnternehmerTUM GmbH als Role-Model für unseren Leuchtturm-Wettbewerb „Entrepreneurship Zentren“, welchen die Bundesregierung momentan auf den Weg bringt, um dieses Modell auch an andere Hochschulstandorte zu bringen. Das Thema soziale Innovationen mit der Strategie, die ansteht und bei Reallaboren ein Gesetz, was derzeit in



Planung ist.

Meine erste Frage geht an Herrn Wanner, weil Sie Reallabore allgemein eingeordnet haben: Mich würde interessieren, welche konkreten Erwartungen Sie an ein Reallaborgesetz haben. Was sind die entscheidenden Punkte, die in diesem Gesetz geregelt werden müssten, für eine leichte Zugänglichkeit und zu dem Thema „One Stop Shop“ für Reallabore.

SV Matthias Wanner (Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie gGmbH): Vielen Dank. Das Reallaborgesetz – ich bin darauf gespannt. Was aktuell skizziert ist, fokussiert unserer Meinung nach sehr stark technische Innovationen. Am Ende braucht es Experimentierklauseln im Bereich Digitalisierung und im Bereich der Technikförderungen. Es gibt bereits vorhandene Bausteine, wie etwa die Experimentierklausel, einen Check, der schon beschlossen wurde und auch einen Setzkasten. Aus unserer Sicht fehlt die Ergänzung um soziale und ökologische Innovationen. Diese müssen genauso in ein Gesetz einbezogen werden. Sie müssen an dieser Stelle auch gefordert werden, wie auch eine stärkere Verzahnung zwischen diesen beiden Bereichen. Aus unserer Erfahrung nach 30 Jahren ökologischer Forschung, sehen wir, dass technische Innovation zu häufig Rebound-Effekte haben, dass sie sozial-ökologische Effekte haben, die wir gar intendiert haben.

Gerade, weil es hier auch um Technikfolgenabschätzung geht, braucht es aus unserer Sicht eine frühzeitige Beschäftigung mit solchen Folgenabschätzungen. So eine Abschätzung soll ein Innovations- und Experimentierklima nicht abwürgen, aber auf jeden Fall sicherstellen, dass auch die soziotechnische Begleitung solcher Programme erfolgt. Das erwarte ich mir auch noch stärker von dem Reallaborgesetz.

Abg. Dr. Anna Christmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gleich die direkte Nachfrage: Reallabor ist ein sehr schillernder Begriff, der oftmals sehr unterschiedlich verwendet wird. Wie kann immer fortlaufend eine Evaluierung vorgenommen werden, sodass das Wissen, welche Reallaborkonzepte funktionieren und welche nicht den Impact haben, den man sich wünscht, weitergeben kann?

SV Matthias Wanner (Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie gGmbH): Das passt sehr gut zu dem, was ich vorhin gesagt hatte. Aus unserer Sicht sind Qualitätskriterien wichtig, weil Reallabore momentan sehr breit verwendet werden.

Aus unserer Sicht erzeugt es Qualität, wenn man transdisziplinäre Forschung ernst nimmt. Es ist über die letzten 20, 30 Jahre wirklich ein sehr tiefes Verständnis von guten gemeinsamen Forschungsprozessen entstanden, also wie entwickle ich mit Praxispartner/-innen gemeinsam eine Forschungsfrage? Wie geht man in die Co-Produktionsphase von Wissen? Wie geht man in Co-Evaluationsphasen? In diesem Bereich steht qualitativ hochwertiges Forschungswerkzeug zur Verfügung. Das muss stärker genutzt werden.

Für die Vergleichbarkeit sind wir mit anderen Kolleginnen dabei, ein transparentes Reporting einzuführen. Das ist eine Vorstufe, die sie im medizinischen Bereich häufig haben. In klinischen Studien gibt es ein standardisiertes Reporting, das dann noch keine Endevaluation darstellt, aber sehr deutlich aufzeigt, welchen Maßnahmen in welchen Gruppen, an welchen Orten durchgeführt wurden. Solch ein Reporting fehlt bislang bei Reallaboren, um sie überhaupt vergleichbar zu machen. Es wäre aus unserer Sicht ein deutlicher Schritt nach vorne, ein standardisiertes, transparentes Reporting zu Reallaborprojekten einzuführen. Daraus würden sich automatisch Qualitätsanforderungen ergeben, weil man sich Gedanken darüber machen und am Ende auch darlegen muss, wie wurden gesellschaftliche Akteur/-innen einbezogen und wie wurden gesellschaftliche Fragestellungen in meiner Forschung berücksichtigt?

Abg. Prof. Dr. Stephan Seiter (FDP): Vielen Dank. Eine Anmerkung vorweg: Wir finden es sehr gut, dass der Innovationsbegriff erweitert wurde von der technologischen Innovation hin zur sozialen Innovation, weil technologische Innovationen in der Regel immer auch gesellschaftliche Herausforderungen mit sich bringen. Wir diskutieren alle im Moment über das Thema ChatGPT und sehen, welche Folgen das unter Umständen für die Lehre, die Forschung, unsere tagtägliche Kommunikation und die Wissensvermittlung haben kann. An dieser Stelle möchte ich mit meiner ersten Frage an Frau Bruhn



und Herrn Wanner ansetzen.

Es wurde gesagt, dass sowohl soziale Innovationen als auch Reallabore etwas Neues sind, neue Themen, mit denen Hochschulen und Universitäten sich stärker auseinandersetzen wollen und sollen. Das ist die Idee dahinter. Wir haben schon über KPIs gesprochen, über Möglichkeiten der Wissenschaftsseite. Ein anderes Thema ist, wie wir das in den Lehrbetrieb bekommen. Wir müssen unsere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler darauf vorbereiten, dass sie sich mit sozialen Innovationen und dem Instrument Reallabor auseinandersetzen und auch damit arbeiten können. Meine Frage an Sie beide ist, wie Sie das sehen, was sind vielleicht Elemente, auf die wir achten sollten oder auf die an den Hochschulen geachtet werden sollte? Danke.

SVe Zarah Bruhn (Beauftragte für Soziale Innovation im BMBF): Vielen Dank. Wie bekommen wir soziale Innovationen stärker in den Lehrbetrieb und wie bereiten wir die Lehrkräfte darauf vor? Ich glaube, zumindest bei den sozialen Innovationen, kommt aus den Hochschulen heraus bereits der Wunsch, weil es von den zivilen, von Schülern und Studierenden, stärker nachgefragt wird. Generation Z ist eine, die sich viel stärker mit Purpose Themen beschäftigt und sich fragt: Wie zukunftsfähig ist unsere Wirtschaft? Warum machen wir das alles? Die Generation stellt sich sehr stark die Sinnfragen. Das Thema soziale Innovationen wird wirklich stärker von den Schülern, Studierenden, aber auch von den Lehrkräften nachgefragt, die sich dafür interessieren.

Es entstehen auch zunehmend neue Lehrstellen für das Thema. Damit wir noch besseres Capacity Building betreiben können, haben wir zum Beispiel eine „Gesellschaft der Innovationen“ aufgelegt. Das ist ein Vernetzungs- und Weiterbildungsprojekt gerade für die Lehrkräfte, für das sich verschiedene Universitäten und Hochschulen bewerben konnten und einerseits untereinander vernetzt werden, sodass eine Hochschul-Community für soziale Innovationen entsteht. Dort können sich nicht nur geförderte Hochschulen, sondern alle Hochschulen mitmachen.

Ich glaube, der Zulauf ist groß. Wir stärken diese

Vernetzung und den Austausch, wir erstellen ein Ökosystem unter den Lehrenden und auf der anderen Seite standardisieren wir die Fort- und Weiterbildungsinstrumente und stellen sie für die Lehrkräfte bereit. Das ist tatsächlich eine der Förderlinien, die wir aufgelegt haben, weil wir es sehr wichtig finden.

SV Matthias Wanner (Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie gGmbH): Auch ich bedanke mich für die Frage. Wie man das in den Lehrbetrieb bringt, haben wir tatsächlich in verschiedenen Projekten im letzten Jahr sehr konkret ausprobiert und gemerkt: Man braucht tatsächlich seitens der Dozent/-innen ein anderes Verständnis, mehr Raum und mehr konkrete Ausprobiermöglichkeiten für die Studierenden.

Wenn ich Studierende befähigen möchte transdisziplinär und transformativ zu forschen, brauche ich in einem Curriculum mindestens ein Jahr, also zwei Semester, besser sogar noch mehr, in denen Studierende darauf vorbereitet werden, dass es an dieser Stelle um eine Anwendungsorientierung, um einen gesellschaftlichen Impact gehen soll, der am Ende kein Paper produziert, sondern mit einer anderen Abschlussarbeit endet. Weiter müssen die Studierenden in diesem Prozess sehr eng begleitet werden, sich überhaupt mit der Gesellschaft eine gemeinsame Forschungsfrage zu überlegen, in so ein offenes Experimentieren zu gehen, das zu evaluieren. Es braucht einfach einen anderen Blick sowohl der Hochschulleitungen als auch der jeweiligen Dekaninnen und Dekane als auch der jeweiligen Dozierenden. Dafür braucht es Zeit und Kompetenzen. Diese entstehen momentan fast nur bottom up. Es gibt an sehr vielen Universitäten einzelne Initiativen. Es gibt von Netzwerken einzelne Weiterbildungsangebote. Wir werden immer wieder angefragt: Können Sie nicht ein Seminar geben? Können Sie nicht mehr Input geben? An dieser Stelle wäre es schön, wenn es von oben noch mehr gezielte Förderung gäbe.

Abg. Prof. Dr.-Ing. habil Michael Kaufmann (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Als ich die Tagesordnung gesehen habe, habe ich zunächst gedacht, es geht um richtige Innovationen zur Wertschöpfung. Jetzt geht es doch um soziale Innovationen. Ich muss vorausschicken: Ich habe selbst sehr große Erfahrungen mit sozialen Innovationen, wahrscheinlich mehr als jeder



andere hier im Raum, denn ich habe 26 Jahre in der DDR gelebt und bin in dieser Zeit zum Opfer vieler sozialer Innovationen geworden. Ich weiß auch, wie fürchterlich schiefgehen das kann. Es liegt natürlich der Verdacht nahe, dass die Sozialisten in der Ampel wieder eine wissenschaftliche Grundlage zum Umbau der Gesellschaft nach ihren Vorstellungen schaffen wollen. Zu begrüßen ist zumindest, dass diese Experimente nur im kleinen Rahmen stattfinden sollen und dort ausprobiert werden sollen.

Die erste Frage geht an Frau Bruhn: Menschenexperimente unterliegen in der Medizin strengsten Anforderungen. Es braucht Ethikräte und so weiter. Wie wollen Sie diese Anforderungen, die es in der Medizin gibt, auf die sozialen Experimente übertragen?

Und an Herrn Wanner habe ich die Frage: Was ist der Unterschied zwischen Reallaboren und den lange etablierten Feldexperimenten? Sie sagten, Reallabore sollen nicht zur Akzeptanzförderung dienen. Wie wollen Sie das sicherstellen?

Sve Zarah Bruhn (Beauftragte für Soziale Innovation im BMBF): Okay, ich überlege, wo ich anfangen soll. Vielleicht fange ich mit dem Thema „Anreize setzen“ an, also Verhaltensänderungen von sozialen Innovationen. Es ist so, dass soziale Innovationen einen gesellschaftlich positiven Wandel erzeugen sollen, also unsere gesellschaftlichen Probleme lösen sollen. Man kann die Meinung vertreten, diese Probleme lösen sich von alleine oder man kann Anreize durch soziale Innovationen setzen. Genau das wollen wir tun. Es geht hier darum, Anreize zu setzen. Carsharing zum Beispiel, ist eine soziale Innovation, die eingeführt wurde. Menschen dürfen immer noch mit dem eigenen Auto fahren, wenn sie das möchten, sie haben jetzt nur mehr Alternativen. Sie haben andere Anreize, ihre Mobilität anders zu gestalten. Genauso E-Scooter etc. Es gibt einfach mehr Optionen, mehr (nachhaltige) Alternativen, welche die veränderte Bedarfe, Bedürfnisse und Nachfragen der Gesellschaft besser treffen.

Es geht auch um gesellschaftlichen Fortschritt und um das Anreize setzen. Wir möchten Alternativen schaffen, die gesellschaftlich nachhaltiger sind, positive Anreize setzen und dadurch einen großen gesellschaftlichen Hebel

entwickeln. Die Menschen sollen soziale Innovationen nutzen, weil sie Lust darauf haben und es wollen.

SV Matthias Wanner (Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie gGmbH): Genau. Da war tatsächlich eine spannende Frage dabei. Mit der Unterscheidung zwischen Feldexperiment und Reallaboren haben wir uns in den letzten 10, 20 Jahren viel beschäftigt. Der Unterschied ist vor allem, dass in Feldexperimenten weiterhin eine wissenschaftliche Kontrolle und ein möglichst weitgehender Ausschluss von sogenannten Drittvariablen erfolgen soll.

Bei Reallaboren bewegen wir uns in einem realexperimentellen Kontext. Das heißt, es gibt eine sehr hohe Kontextualisierung. Es können nicht alle Drittvariablen ausgeschaltet werden. Wir sprechen an dieser Stelle sehr häufig von einer partizipativen Kontrolle, die dadurch entstehen muss, dass mit gesellschaftlichen Akteuren in offene Innovationsprozesse gegangen wird und man sich dessen bewusst ist, dass die Wirkungsmessung sehr viel komplizierter und komplexer wird, weil es keine klare Kausalität mehr gibt, und es andere Möglichkeiten gibt im direkten, kontextualisierten Umfeld Wirkungen zu beobachten.

Den andere Punkt – habe ich insofern nicht ganz verstanden. Reallabore sollen, wenn sie qualitativ hochwertig durchgeführt werden, natürlich dazu beitragen, partizipativ eine Akzeptanz zu fördern oder einen gemeinsamen Weg zu finden.

Abzulehnen sind nur, so hatte ich das vorhin ausgedrückt, Reallabore oder allgemein Partizipationsprozesse, die nur eingesetzt werden, um eigentlich schon beschlossene Maßnahmen attraktiver zu machen. Das war mein Punkt. Insgesamt dienen diese Instrumente aber natürlich diesem Austausch zwischen Gesellschaft und Wissenschaft, den wir aus unserer Sicht brauchen, um Zukunft zu gestalten.

Abg. **Dr. Petra Sitte** (DIE LINKE.): Ich frage zu den Reallaboren zunächst den Kollegen Wanner. Noch einmal zurück zum Verständnis dieser Reallabore. Sie schreiben Standards sollen gesetzt und Experimentierklauseln eingeführt werden. Wenn ich das recht verstanden habe, sollen Reallabore in einer großen Vielfalt etabliert werden.



Wenn man dazu ein Gesetz entwirft, habe ich vor meinem geistigen Auge, dass es um Verfahren, um konkrete Gegenstände und um tatsächliche Räume geht. Wir haben Erfahrungen mit DATI, mit SPRIND und mit Agenturen gesammelt. Ich habe ehrlich gesagt Angst, dass ein Gesetz entsteht, das weniger Dinge ermöglicht als vielmehr umständliche Vorschriften macht. Wir hatten gerade am Montag mit einigen Kollegen im Podium diskutiert, wie wichtig das ist, Gesetze einfach zu halten. Wo liegen die Grenzen? Nicht im wörtlichen Sinne, sondern aus Ihren Forschungen. Was sind Grenzen und optimale Größen? Und wie bekommt man es hin, dass das Gesetz tatsächlich ressortübergreifend angelegt wird? Das ist das Hauptproblem, dass man das Gefühl hat, die Ministerien reden nicht miteinander und stimmen sich viel zu wenig ab. Deshalb diese Verständnisfrage.

SV Matthias Wanner (Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie gGmbH): Der interministerielle Austausch, mit dem möchte ich mal beginnen. Der Austausch ist aus unserer Sicht wirklich bedeutsam. Mein Eindruck ist aber, dass sich es in den letzten Monaten, tatsächlich Anzeichen dafür gibt, dass mehr interministerieller Austausch passiert.

Das begrüßen wir sehr und wir ermutigen, diesen noch weiter fortzuführen. Ansonsten war ich mir nicht sicher, beziehen Sie sich bei der Größe vor allem auf die tatsächlichen Umsetzungsprojekte, also die Forschungsprojekte, oder eher auf die Fördermaßnahmen?

Abg. **Dr. Petra Sitte** (DIE LINKE.): Ich beziehe mich auf das, was Sie regeln wollen in dem Gesetz, Standards und Experimentierklauseln. Und dann hat mich interessiert, ob es ein Forschungswissen gibt, wo das unproduktiv wird.

SV Matthias Wanner (Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie gGmbH): Gute Rückfrage zu einigen Sachen. Wie gesagt, ins Gesetzgebungsverfahren bin ich nicht eingebunden. Von daher weiß ich nicht genau, was dort am Ende geregelt wird. Was ich verstanden habe und begrüße ist, dass in dem Gesetz Regelungen getroffen werden, die durch fachspezifischen Klauseln ergänzt werden. Das halte ich für sinnvoll, um erst einmal einen Experimentierrahmen aufzuspannen. Zum

Beispiel ist auch der Beschluss, neue Gesetze auf mögliche Experimentierklauseln zu überprüfen, sinnvoll. Auch sinnvoll ist es zu gucken in welcher Form es Möglichkeiten gibt, mindestens temporär, von bestimmten Regelungen abzuweichen, um wiederum Innovationsprozesse zu erlauben. So verstehe ich auch momentan die Richtung dieses Gesetzes.

Abg. **Dr. Petra Sitte** (DIE LINKE.): Ja. Ich gebe die Frage an Frau Bruhn weiter. Ich vermute, dass sie in dieses Gesetzesvorhaben eingebunden ist. Meine Frage zu der Gestaltung der Reallabore und des Gesetzes ist bei ihr besser aufgehoben.

Sve Zarah Bruhn (Beauftragte für Soziale Innovation im BMBF): Ich bin in der Gestaltung des Reallaborgesetz nicht direkt eingebunden, daher würde ich an den Staatssekretär übergeben.

Abg. **Dr. Petra Sitte** (DIE LINKE.): Danke. Meine Frage richtet sich an Frau Bruhn: Wir haben über viele Jahre den Begriff Technologieoffenheit benutzt, insbesondere vor dem Hintergrund, dass Programme aufgelegt worden sind, in denen keine Prioritäten beziehungsweise keine Vorgaben gemacht wurden, was im Einzelnen gefördert werden soll. Jetzt scheint mir, dass dieser Begriff in der letzten Zeit ein wenig umdekoriert wird und dass bestimmte Technologien in den Vordergrund gestellt werden, was ich mit Blick auf soziale Innovationen durchaus begrüßen würde, aber es ist eine Balance. Wo halten Sie den Begriff Technologieoffenheit in der politischen Praxis, auch mit Blick auf die Haushaltsgestaltung, für nach wie vor wichtig und eingrenzbar?

Sve Zarah Bruhn (Beauftragte für Soziale Innovation im BMBF): Technologieoffenheit in Bezug auf soziale Innovation ist für uns definitiv gegeben. Wie der gesellschaftliche Wandel entsteht, ob durch Technologien oder anders, ist, glaube ich, für die soziale Innovation sekundär. Genauso wie es eine Akteur-Offenheit gibt, gibt es eine Technologieoffenheit.

Abg. **Dr. Holger Becker** (SPD): Vielen Dank. Ich habe zwei Fragen, an alle.

Erstens: Uns bewegt in ganz vielen Innovationsprojekten die Frage der Messbarkeit. Im EFI-Bericht steht, man muss Projekte eher erfolgsorientiert betrachten. Was wären, sowohl



für technologische als auch für soziale Innovationen, aus Ihrer Perspektive Erfolgsfaktoren? Was sind die KPIs, Key Performance Indicators für ein erfolgreiches Projekt? Dieses Thema treibt uns alle um. Wie messen wir den Erfolg?

Zweitens: Wir sind hier der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung. Es gibt meiner Meinung nach bei vielen der Punkte, die hier genannt worden sind, Anknüpfungspunkt an das bereits etablierte Instrument der Technikfolgenabschätzung. Wo würden sich aus Ihrer Sicht Anknüpfungspunkte an diese Ressource, die wir im Bundestag haben, ergeben?

Die letzte Frage richtet sich spezifisch an Frau Bruhn. Im Bereich der sozialen Innovationen müssen wir überlegen, wie man diese in die Gesellschaft einbringt. Da stellt sich die Frage: Haben wir die richtigen Rechtsformen? Es gibt die gGmbH, Stiftungen, „normale“ juristische Personen oder Organisationsformen. Sind Sie der Meinung, dass das die richtigen Instrumente sind, oder könnte die Politik die Rechtsformen noch ausweiten?

Sve Zarah Bruhn (Beauftragte für Soziale Innovation im BMBF): Wie kann man da die KPIs, die Erfolgsfaktoren von sozialen Innovationen messen? Idealerweise haben wir einheitliche Wirkungsmessungen. Die Indikatorik ist gerade noch sehr zersplittert. Das betrifft alle Indikatoren wie CO₂, Menschenleben, Lebensqualität, Integration ist, gesellschaftliche Teilhabe. Meiner Meinung nach ist das Benennen von Wirkungsstandards eine Herausforderung, die in Deutschland, vielleicht sogar international, gelöst werden muss. Darauf müssen wir hinarbeiten.

Es gibt bereits Initiativen, die das Thema Impact Valuation bearbeiten, auch in der Wirtschaft. Es stellt sich die Frage wie ein Wirkungsstandard quantifiziert wird, anhand der KPI, also der gesellschaftlichen Herausforderungen, oder kann man für CO₂-Einsparung Preise finden, um eine Art Wirkung als Währung zu etablieren? Beispiele gibt es aktuell eher auf der Problemebene; Ich nenne hier gesellschaftlich integrierte Menschen und eingesparte Staatskosten bei dem Thema Flucht und Integration. Ich glaube, einen Standard zu setzen, in diese Richtung muss es gehen.

Sie haben zudem das Thema Rechtsform angesprochen. In der Sozialunternehmenszene gab es unlängst eine große Umfrage, auch vom Social Entrepreneurship Netzwerk Deutschland, die ergab, dass eine neue Rechtsform gebraucht und gefordert wird. Im Koalitionsvertrag werden dazu bereits einige Punkte geregelt, zum Beispiel die Gesellschaft mit gebundenem Vermögen. Natürlich wird mitgeprüft, ob so eine Gesellschaftsform umsetzbar ist.

SV Christian Mohr (UnternehmerTUM GmbH): Ich gebe gerne eine Antwort zu Frage eins und drei. Die erste drehte sich um das Thema KPIs. Alles, was Frau Bruhn dazu erläutert hat, kann ich nur unterstreichen.

Ich würde eines abstrahieren. Jede Form von Innovationen ist eine ergänzende Antwort zu den Fragen im Vorfeld. Man kann Technologie und soziale Innovation nicht trennen, weil Technologie zum einen ein Enabler von sozialen Innovationen ist und andererseits jede Innovation, die wir diskutieren, ob hier oder in anderen Kreisen, dazu dient ganzheitlich lebenswertes Leben für eine Gesellschaft zu schaffen. Dafür gibt es verschiedene Rahmenwerke, unter anderem die SDGs – Sustainable Development Goals, die sehr dezidiert klarstellen, wie man eine nachhaltige, lebenswerte Gesellschaft zu betrachten hat und letzten Endes darauf aufbauend KPIs zu definieren. Ich kann nur empfehlen, das in der Beratungen zu berücksichtigen.

Zur dritten Frage mit dem Thema Technikfolgenabschätzung: Ich glaube, dass die Trennung zwischen Technologie und sozialer Innovation, ein falsches Signal sendet. Man muss den Begriff Technologie um soziale Innovation erweitern. Ich glaube, es gibt keine andere Möglichkeit, auch in diesem Gremium, Innovation ganzheitlich zu denken, wie ich es beschrieben habe. Deswegen schlage ich eine begriffliche Erweiterung vor, aber keine bewusste Trennung.

Ein Dritter Hinweis, weil auch gerade auf die Technologie verwiesen wurde, die durch die Presse geht – ChatGPT. Ich wünsche mir, dass Sie Technologien von der Chancen-Seite betrachten und dann die Risikoabwägung vollziehen. Ansonsten werden wir im internationalen Wettbewerb immer einen Nachteil haben.

Abg. **Katrin Staffler** (CDU/CSU): Ich würde gerne



zu zwei Themenbereichen Fragen an Herrn Mohr stellen und zwar zum einen anknüpfend an das, was der Kollege Jarzombek gefragt hat.

Sie haben beschrieben, was Sie tun und dass von Seiten der Universität die Motivation steigt, Gründungen und Ausgründungen zu unterstützen. Gleichzeitig haben Sie beschrieben, wie bei den Studenten die Motivation steigen kann. Mich würde interessieren, wie das aufgenommen wird. Insbesondere auf Seite der Universitäten. Stoßen Sie dort an Grenzen? Welche Hürden sind es, die Sie da überwinden müssen? Das sind im Grunde genommen genau die Best Practice-Beispiele, die man dann für eine Verbreiterung dieses Angebots auch braucht.

Zum Zweiten Themenbereich: Die UnternehmerTUM ist in gewisser Weise ein Musterbeispiel für Transfer und Innovation. Es gibt bereits Pläne zu einer deutschen Agentur für Transfer und Innovation (DATI). Inwieweit könnten Sie sich vorstellen, dass die DATI eine konkrete Rolle in Ihrem täglichen Geschäft spielt? Glauben Sie, dass Themenbereiche wie Exzellenz, wie es im Moment bekannt ist, in den Plänen richtig adressiert sind?

SV Christian Mohr (UnternehmerTUM GmbH): Vielen Dank für die Fragen. Zum ersten Teil, wo sind die Grenzen? Tatsächlich arbeiten wir seit über 20 Jahren eng mit der TU München über verschiedenste Wege zusammen. Aus meiner Sicht ist nicht zu unterschätzen, dass wir uns, sowohl inhaltlich als auch personell, stark austauschen und interagieren.

Dieser Austausch bedingt, dass wir viele Herausforderungen, die andere Einrichtungen ohne diesen direkten vernetzten Austausch haben, sowohl auf persönlicher als auch auf inhaltlicher Ebene – mit inhaltlicher Ebene meine ich programmatisch von der Vorlesung bis zu Programmen –, proaktiv ausräumen. Ich gehe auf das Beispiel TUM-Venture Labs ein, der Kooperation zwischen der TU München und der UnternehmerTUM GmbH, um das Thema Ausgründung zu stärken. Wir haben dort zwei Vertreter. Eine Person vertritt die TU München, ein Academic Director und eine Person vertritt die UnternehmerTUM GmbH, als Venture Director. Beide sind gemeinsam ein Team, was dieses Joint Venture gemeinsam vorantreibt und dadurch

gemeinsam die Themen adressiert. Natürlich sind die Geschwindigkeiten einer Hochschule mit einer gewissen Größe verglichen mit der UnternehmerTUM GmbH mit 400 Mitarbeitern anders. Das paaren von entsprechenden Kompetenzen hilft an der Stelle sehr gut weiter.

Auf die zweite Frage bezogen: Ja, wir sind ein Role Model. Bestimmt könnte das Thema DATI eine Rolle spielen. Ich würde behaupten, das Projekt was ich erwähnt habe, das Munich Core Lab, ist per se ein Reallabor. Wenn Sie das einmal näher betrachten, werden Sie sehen, dass hier alle relevanten Akteure, die benötigt werden, um unter anderem soziale Innovationen zu realisieren, hier vor Ort sind und zusammenarbeiten und dabei entsprechend Impulse aufnehmen.

Zum Thema Exzellenz kann ich nicht sagen, ob dies ausreichend adressiert ist, deswegen würde ich diesen Teil der Frage ausklammern, wenn es in Ordnung ist.

Abg. **Dr. Anna Christmann** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich kann gut anschließen, weil ich das Thema DATI, die geplante Transferagentur, die in Vorbereitung ist, auch aufgreifen möchte.

Ich möchte sowohl Zarah Bruhn und auch Herrn Wanner die Frage stellen, wie sie die Bezüge zu ihren Themen sehen und welche Potenziale sie in der Ausgestaltung der DATI sehen, um das Thema soziale Innovationen und neue Formate wie Reallabore, dort zu verankern, weil auch die DATI einen Netzwerkgedanken haben soll. Welche Erwartungen hätten Sie da an die Ausgestaltung der DATI?

Sve Zarah Bruhn (Beauftragte für Soziale Innovation im BMBF): Die DATI ist natürlich eine riesengroße Chance für soziale Innovationen und kann auch ein Role Model dafür sein, wie soziale Innovationen strukturell verankert werden können. Ich glaube, dass DATI auch ein Role Model dafür sein kann, wie soziale Innovationen sich behaupten und für die anderen Förderlinien im BMBF.

In der DATI ist das Thema Kollaboration ein großer Punkt, mehrere Akteure tun sich zusammen. Das ist prädestiniert für soziale Innovationen, sowohl im Bilden neuer Ökosysteme, Pilot Communitys, als auch in der



Skalierung der sozialen Innovationen. DATI bietet auch Möglichkeiten für neue Finanzierungsinstrumente, zum Beispiel outcome-based und die Einführung anderer moderner sozialer Innovationsinstrumente. Bei der Ausgestaltung kann man an dieser Stelle kreativ werden. Für alle weiteren DATI-Deep Dives würde ich an unseren DATI-Spezialisten an Herrn Brandenburg verweisen.

SV Matthias Wanner (Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie gGmbH): Danke, ich sehe ebenfalls eine große Chance, vor allem dafür, das klassische Transferverständnis zu überwinden, um wirklich gut zu verankern, dass Transfer als transdisziplinärer Transfer ein wechselseitiger Austausch ist.

Dafür brauchen die Hochschulen und Universitäten jeweils lokale Zentren, mit denen sie sich gut in einem regionalen Innovationssystemen verankern können. Zum einen braucht es Zuständigkeiten und in Richtung Startup-Förderung und Gründungen enge Kontakte zu den wirtschaftlichen Akteuren. Dafür braucht es Kapazitäten. Zum anderen braucht es aus unserer Sicht Ansprechstationen in Richtung Gesellschaft und die fehlen uns momentan noch. Das fällt vielleicht ein bisschen unter den alten Begriff Wissenschaftsladen, also eine Schnittstelle zwischen Forschung und Gesellschaft, die gut erklärt und einlädt, mit zu forschen. Wir probieren im Kleinen etwas wie Co-Forschung aus. Wir versuchen offene Schnittstellen zu schaffen zwischen einem elfenbeinturmartigen Wissenschaftsbetrieb und Themen, die die Gesellschaft bewegen.

In der DATI sehe ich Möglichkeiten sowohl dafür Bewusstsein zu schaffen als auch vor Ort viele solcher Zentren zu schaffen. Das muss deshalb dezentral geschehen, weil vor Ort die verschiedenen Akteure sind, mit denen man in Kollaboration gehen möchte.

Abg. **Dr. Anna Christmann** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank das sind viele Punkte, die auch aus unserer Sicht für die Umsetzung der DATI wichtig sind. Wir freuen uns auf den weiteren guten Dialog mit dem BMBF. Eine Frage an Herrn Mohr: Sie haben den Bereich Ausgründung als Programm bei der UnternehmerTUM GmbH, aber auch im Maker

Space etc. Wie wirkt sich das aus Ihrer Sicht auf den Wissenschaftsstandort München aus? Wie verändert das Lehre und Forschung selbst, um nicht nur zu fragen, wie viele Startups erwachsen daraus? Eine kurze Antwort dazu gerne.

SV Christian Mohr (UnternehmerTUM GmbH): Die wissenschaftliche Landschaft, damit auch Forschung und Lehre per se, wird unternehmerischer. Das sehen Sie an Inhalten und Themen die daraus resultieren und an den Personen. Zum Beispiel sind die Vorlesungen sehr viel unternehmerischer und praxisorientierter. Die Person, die dadurch – insbesondere aus dem Ausland, angezogen werden sind unternehmerische Wissenschaftler. Genau diese Wissenschaftler wollen wir zu uns holen. Das ist für mich ein wunderbarer Ansatz.

Abg. **Prof. Dr. Stephan Seiter** (FDP): Die DATI wurde schon angesprochen, die Wissenschaftsseite wurde angesprochen. Die Hochschulen wurden angesprochen, in der Umsetzung und der Generierung von sozialen Innovationen und es fiel zwischenzeitlich der Satz: „soziale Innovation erfolgt nicht im Labor, sondern es ist ein Bottom up-Prozess, der stattfindet und Reallabor soll ihr Instrument sein“.

Wir adressieren viel im Wissenschaftsbereich, nun stellt sich mir die Frage wie adressieren wir beispielsweise bei den Akteuren in der Zivilgesellschaft. Wie können wir darauf hinwirken, dass zum Beispiel Kommunen, Landrätinnen und Landräte sich dort auch engagieren?

Meine persönliche Erfahrung, die teile ich glaube ich mit vielen aus dem Gründungsbereich, ist, dass eine Distanz da ist. Das eine ist der Elfenbeinturm das andere ist das kommunale Leben. Wie denken Sie, können wir da mehr mit Anreizen arbeiten und wie könnten solche Anreize aussehen, um die Distanz abzubauen? Die Frage richtet sich an alle drei Sachverständigen. Danke.

Sve Zarah Bruhn (Beauftragte für Soziale Innovation im BMBF): Meiner Meinung nach passiert gerade in den Kommunen und in den Ländern im Bereich soziale Innovationen sehr viel und ich glaube, das ist eine Riesenchance.

Zum Beispiel Hamburg und die Stadt München



sind große Vorreiter für soziale Innovationen, bei denen sich auch die anderen Kommunen immer mehr anschauen. Den Austausch zu fördern, ist definitiv auch ein Thema, was uns in der Bundesregierung bei sozialen Innovationen wichtig ist. Dort insbesondere der Austausch zwischen Bund, Ländern und Kommunen, nicht zuletzt auch auf der Plattform für soziale Innovationen, die jetzt gerade entsteht, Informationen und Capacity Building bereitzustellen und Finanzierungsmöglichkeiten für Länder und Kommunen sichtbar zu machen, etc. Ich glaube, das Thema ist extrem wichtig und eine große Chance.

SV Christian Mohr (UnternehmerTUM GmbH): Ich würde ergänzen, wir müssen Orte schaffen. Wie ich eingangs erwähnte, ist das Munich Core Lab, in dem ich aktuell sitze, eine Partnerschaft zwischen der Landeshauptstadt München und der UnternehmerTUM GmbH. Durch so eine Partnerschaft kommen Personen ins Gebäude, die defacto dafür notwendig sind, sprich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landeshauptstadt oder Interessensvertreter. Und dann ist es wie beim Theater: Sie müssen ein gutes Programm bieten, um kommunale Politikerinnen und Politiker und die Zivilgesellschaft ins Gebäude zu lenken. Das tun wir. Bürgerinnen und Bürger können hier über Nacht ihr Fahrzeug laden, tagsüber hier Essen oder – wie vorhin erwähnt – zum Beispiel im Maker Space arbeiten.

SV Matthias Wanner (Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie gGmbH): Dem würde ich auf jeden Fall zustimmen. Es muss erlebbar sein vor Ort. Und ansonsten würde ich gern noch hinzufügen, dass es sehr auf die Akteure ankommt. Wir können kommunale Vertreter/-innen ganz anders erreichen als eine organisierte Zivilgesellschaft, Einzelpersonen, Haushalte oder schwer erreichbare Zielgruppen. Diese Zielgruppen müssen wir auf unterschiedlichen Ebenen mit diesen Ansätzen erreichen.

In der Kommunikation mit den Kommunen hilft es das Thema in den Spitzenverbänden zu verankern und Beispiele zu zeigen, die dann wiederum auf die Ebene der lokalen Akteure dringen, die sich daraufhin die Frage stellen, warum gibt es diese Schnittstellen bei mir noch nicht und wie kann ich diese einrichten etc.? In

der Kommunikation mit der organisierten Zivilgesellschaft verhält es sich ähnlich. Es gibt auch dort Unterschiede, je nach Bereich, aber zumindest sind das Akteure, die Interesse haben und aktiv nach Schnittstellen suchen.

Die Kommunikation mit Haushalten und Einzelpersonen muss man aktiv angehen. Diese Akteure müssen aktiv angeschrieben werden, es müssen Haushaltsbefragungen durchgeführt oder die Personen aktiv eingeladen werden. Bei den schwer erreichbaren Gruppen funktioniert es meistens häufig nur über Schlüsselpersonen, die schon in der Community gut verankert sind. Wenn man solche Schlüsselpersonen hat, dann kann man auch die schwer erreichbaren Gruppen erreichen. Ansonsten würde ich, wie gesagt, zustimmen, es muss vor Ort erlebbar sein. Ich muss als lokaler Akteur eine Idee davon haben, wenn ich eine Forschungsfrage oder ein drängendes Problem habe, was man forschend untersuchen könnte, an wen wende ich mich, sowohl personell als auch räumlich.

Abg. **Nicole Höchst** (AfD): Es ist schon vieles gefragt worden. Ich persönlich möchte mich jetzt an der ethischen und grundgesetzlichen Perspektive dieser Forschung ein wenig festbeißen. Das Thema haben wir noch nicht ausführlich besprochen. Nach Ihren Ausführungen habe ich verstanden, dass soziale Innovation dabei helfen soll, die Gesellschaft zu bestimmten Zielen hin zu entwickeln, also zu erziehen, mit Anreizen und der Darbietung von Alternativen. Ich habe ebenfalls verstanden, weil es mir bekannt vorkam, dass die soziale Innovation offensichtlich auf die Entwicklung eines erwünschten Gesellschaftsprozesses, dessen Evaluation und somit einer Art Kontrolle zielt. Das klingt ein bisschen wie die Verwissenschaftlichung der Manipulation der Gesellschaft durch „Nudging“, wie Frau Angela Merkel das im Jahre 2015 in den Medien dargestellt hat. Ich persönlich halte das für bedenklich, weil in einer freien Gesellschaft weder Politik noch Wissenschaft freie Bürger erziehen sollten.

Frau Bruhn, Sie sagten in Ihrer Stellungnahme, „Innovationen, die aus der Zivilgesellschaft für uns entstehen“. Hinter dem schönen Begriff Zivilgesellschaft verbergen sich ja mitnichten Zivilisten oder einfache Bürger, sondern zum Teil



mächtige internationale NGOs, politische Vorfeldorganisationen von Parteien, Gewerkschaften etc. Die Forschung an sozialen Innovationen zielt immanent auf gesamtgesellschaftliche Veränderungen. Wie wird sichergestellt, Frau Bruhn, dass Studiendesign und Ergebnisse nicht im Sinne einer ideologischen Agenda oder im Sinne von mächtigen, internationalen, nicht gewählten Interessensgebern manipuliert werden? Wie wird sichergestellt, dass die Einwilligung der Bürger zur Teilnahme an solchen gesamtgesellschaftlichen Experimenten vorliegt? Da habe ich Schwierigkeiten zu verstehen, wie Sie das machen wollen. Wie verträgt sich denn dieser Forschungsbereich Ihrer Meinung nach mit der Feststellung, dass der Bürger als eigentlicher Souverän in einer Demokratie mehr oder weniger freiwillig Teil von solchen Gesellschaftsexperimenten werden kann? Und letztlich, wie verträgt sich dieser Forschungsansatz mit Artikel 1 des Grundgesetzes und der Würde des Menschen?

Sve Zarah Bruhn (Beauftragte für Soziale Innovationen im Bundesministerium für Bildung und Forschung): Auf welches Gesellschaftsbild arbeiten wir hin? Ich glaube, bei sozialen Innovationen sind zumindest immer die UN-Nachhaltigkeitsziele die richtungsweisende Grundlage, wohin wir uns bewegen wollen, und die halte ich nicht für bedenklich. Ich glaube, da gibt es zumindest einen breiten Konsens, dass diese Ziele sinnvoll sind.

Nun komme ich zu den Interessensgebern und der Einflussnahme. Insbesondere soziale Innovationen sind im Kern partizipativ. Im Vergleich zu allen technologischen oder sonstigen Innovationen wahrscheinlich die partizipativste Form der Innovationen. Das Meiste wird bottom up gesteuert. Uns geht es insbesondere darum, die Eigenverantwortung der Individuen zu stärken, die Menschen, die sich zusammentun und Probleme lösen wollen, statt große staatliche Instrumente aufzubauen, statt die Starken zu stärken, die Zivilgesellschaft zu stärken bei der Lösung gesellschaftlicher Probleme.

Das Thema Freiheit und Eigenverantwortung ist, ganz zentral und auch eine Leitlinie von sozialen Innovationen. Sie sind menschenzentriert, menschenorientiert für die Menschen. Das ist

alles, was ich dazu sagen möchte. Wie stellen wir das im BMBF sicher? Wir haben zum Beispiel bei der Strategie einen großen Stakeholder-Prozess gemacht, die Zivilgesellschaft und die verschiedenen Akteure befragt. Von der Einflussnahme einer sehr großen NGO oder anderer großer Stimmen kann bei uns nicht die Rede sein.

Abg. **Nicole Höchst** (AfD): Ja, ich würde gerne an der Stelle noch mal nachfragen, weil Sie natürlich den partizipativen und freiheitlichen Ansatz unterstrichen haben. Das ist sicherlich richtig. Ich möchte da auch gar keine Dinge unterstellen, aber beispielsweise wenn ich als einfacher Bürger in Speyer nicht teilnehmen möchte an bestimmten Entwicklungen, das ist ja die Freiheit des Einzelnen, an etwas teilzunehmen oder auch nicht teilzunehmen, dann aber die Möglichkeit nicht habe, weil mir nur noch die Alternativen angeboten werden und meine Freiheit ansonsten durch Verbote beschnitten wird. Wie komme ich da raus? Was ist eine Opt-out-Möglichkeit? Das muss ja als Freiheit in einer Demokratie möglich sein.

Sve Zarah Bruhn (Beauftragte für Soziale Innovationen im Bundesministerium für Bildung und Forschung): Im Bereich Soziale Innovationen planen wir keinerlei Verbote.

Abg. **Dr. Petra Sitte** (DIE LINKE.): Meine Frage richtet sich an Herrn Wanner. Auf der Seite vier in Ihrem Text geht es darum Wirksamkeit zu fokussieren. In dem Fazit schreiben Sie: „Der Wert einer transformativen Forschung liegt in ihren gesellschaftlichen Wirkungen. Diese müssen für die Wissenschaft eine höhere Priorität einnehmen.“ Nun reden wir heute unter der Überschrift "Innovationen in der Wissenschaft". Wo sehen Sie notwendige Bedingungen für die Wissenschaft? Was fehlt der Wissenschaft, insbesondere mit Blick auf Ihre aktuelle Aufstellung mit Hochschulen, Universitäten und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, DFG?

SV Matthias Wanner (Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie gGmbH Forschungsbereich Innovationslabore): Mein Fazit zielt darauf ab, gesellschaftlichen Impact, gesellschaftliche Wirkungen, stärker in den Blick zu nehmen. Stärker bedeutet nicht, dass wir die Grundlagenforschung abschaffen oder kürzen



wollen, sondern es geht darum, innerhalb dieser transformativen Forschung den Stellenwert zu erhöhen.

Das bedeutet zum einen, dass wir für eine derartige Forschung entsprechende Fördermittel benötigen, aber auch dass wir eine entsprechende institutionelle Aufstellungen und entsprechende Karrierewege benötigen.

Die Karrieren sind, das hatten wir vorhin bereits angesprochen, häufig in der transdisziplinären transformativen Forschung schwierig, weil es am Ende bei einer Berufung zum Beispiel hauptsächlich darauf ankommt, welche hochrangigen Journalartikel konnte eine Person veröffentlichen? Nicht beachtet werden hingegen Start-up-Ausgründungen oder anderer gesellschaftlicher Nutzen, den eine Person generiert hat, z.B. Praxispublikationen oder das Anstoßen von lokalen Initiativen. All das findet bislang im Wissenschaftssystem keinen wirklichen Widerhall. Das heißt, wenn man eine Wissenschaftskarriere plant, muss man sich am Ende auf eine eher disziplinäre Grundlagenforschung fokussieren. Aus unserer Sicht ist es wichtig, dass in diesem Bereich mehr Förderung, etwas mehr Verständnis und andere Karrierewege gibt.

Abg. **Dr. Petra Sitte** (DIE LINKE.): Frau Bruhn, Sie haben vorhin auf die Zukunftsstrategie für Forschung und Innovation verwiesen. Der Aufbau einer zentralen Plattform für Soziale Innovation ist geplant, um ein Informations-, Vernetzungs- und Beratungsangebot zur Verfügung zu stellen. Sind Sie in das Vorhaben mit eingebunden? Wie schätzen Sie den aktuellen Stand ein? Und gleich an das BMBF angeknüpft: Wann werden wir die Auswirkungen spüren? Welche Zeit und welche Ressourcen sind veranschlagt? Die gleiche Frage stelle ich an das BMBF, bezogen auf die nationale Strategie für Gemeinwohlorientierung und Social Entrepreneurship, die uns am Montag offeriert worden ist. Wie sind der Stand und die zeitlichen Pläne?

Sve Zarah Bruhn (Beauftragte für Soziale Innovationen im Bundesministerium für Bildung und Forschung): Erst einmal zu der Plattform für Soziale Innovationen. In den kommenden zwei bis drei Monaten werden Sie die ersten Ergebnisse sehen, dort findet der erste Go Live statt. Aber das

ist eine kontinuierliche Entwicklung über die nächsten drei Jahre.

Insgesamt sind Fördermittel von knapp drei Millionen Euro bereitgestellt, die aber nicht nur für die Technik und die Plattform als solche, verwendet wird, sondern auch um die notwendige Community dahinter aufzubauen. Dies kann auf der Seite www.sozialeinnovation.de eingesehen werden. Es sind sowohl Community-Aktivitäten in der Szene gefördert, als auch Finanzierungsinstrumente und deren Ausarbeitung gefördert, von modernen Finanzierungsinstrumenten für Social Entrepreneurship outcome-based bis zu einem Finanzierungsbeirat. Es soll viel entstehen, was auch durch die Akteure gesteuert wird.

Zum Thema Zeitplan der Strategie: Sie wissen alle, manchmal kann die Ressortabstimmung länger dauern. Auch ich bin ein ungeduldiger Mensch und wünsche mir, dass die Abstimmung bereits vorvorgestern durchgeführt worden wäre. Ich bin der Meinung, es wird eine sehr gute Strategie. Über sie soll auch noch vor der Sommerpause im Kabinett abgestimmt werden.

Abg. **Holger Mann** (SPD): Zunächst, möchte ich eine Zahl zur Diskussion stellen. Herr Mohr, Sie sagten, die National Science Foundation würde jedes Jahr Milliarden Dollar nach Berkeley überweisen. Nach dem, was recht transparent im Internet zu finden ist, sind es jedoch nur mehrere 100 Millionen Dollar. Auch die innovation corps, sind mit 40 Millionen Dollar US-staatenweit angegeben, eine Dimension, welche die ein oder andere Innovation fördert. Die Exzellenz Universitäten in Deutschland haben ähnliche Budgets. Die Amerikaner haben viel mehr privates Kapital, nicht zuletzt Stiftungskapital, und deswegen richtet sich meine Frage auf den Bereich private Investments.

Es gab zuletzt eine EFI und anderweitig häufiger die Hinweise, dass sich die Privatwirtschaft, insbesondere die großen Firmen, zurückziehen. München wird teilweise auch durch Stifterinnen, wie Frau Klatten, gefördert. Leider können wir sie nicht replizieren. Wir werden auch nicht jede große Firma an jedem Hochschulstandort dazu bewegen können, Gelder zu stiften. Was vom Modell der TUM ist denn aus Ihrer Sicht übertragbar? Wo waren Sie erfolgreich, privates



Kapital zu adhären? Wenn es zu diesem Thema Hinweise von den anderen Sachverständigen gibt, gerne.

SV Christian Mohr (UnternehmerTUM GmbH): Vielen Dank für die Frage, ich habe es im Thesenpapier formuliert. Der Beitrag von Frau Klatten macht in Summe circa 10 Prozent unseres jährlichen Budgets aus. Das heißt, die verbleibenden 90 Prozent kommen aus anderen Quellen. Ich gebe Ihnen zwei Zahlen mit: aktuell sind mehr als 370 Familienunternehmen und mehr als 160 Family Offices engagiert.

Was wir meiner Meinung nach gut gemacht haben, ist, eine Vielzahl an familiengeführten Unternehmen und auch Investorinnen in dieses Ökosystem einzubinden, und zwar dahingehend, dass alle Seiten sich gegenseitig bedingen. Talente suchen nach Arbeitgebern, Start-ups suchen nach Kooperationspartnern und Investoren. In unserem speziellen Fall suchen Familienunternehmen nach Zugang zu Talenten, nach dem Zugang zu Innovationen oder Möglichkeiten sich als Investoren zu engagieren. Durch dieses Modell hat sich in den letzten Jahren ein sehr etabliertes Netzwerk gebildet, was in Summe die UnternehmerTUM GmbH und ihre Aktivitäten trägt. Dieses Modell lässt sich auf andere Bundesländer sehr gut übertragen, weil die Personen auch in anderen Bundesländern vertreten sind und es ein Teil der Diskussion, welche wir mit dem BMWK führen und dem Thema Leuchtturmprojekte, ist.

Abg. **Holger Mann** (SPD): Ich hätte noch eine kurze Nachfrage. In meinem Bundesland, in Sachsen, wurde kürzlich eine Studie zum Gründungsgeschehen vorgelegt. Ich hatte vermutet, die Landeshauptstadt mit der Technischen Uni, die auch Exzellenz Uni ist, wäre führend, aber es war meine Heimatstadt Leipzig, obwohl sie keine technische Universität hat und auch nicht so viele außeruniversitäre Einrichtungen. Sie haben gesagt, Sie sind ein eigenständiges Gründungszentrum. Könnten Sie noch ein paar Hinweise zum Modell geben, weil ich glaube, es gibt durchaus diverse andere Faktoren, die zum Erfolg beitragen.

SV Christian Mohr (UnternehmerTUM GmbH): Eigenständig heißt de facto, wir haben verschiedene Finanzierungsquellen. Die erste

Form der Finanzierungsquelle sind privatwirtschaftliche Geldgeber, das sind bis zu 60 Prozent. Rund 20 Prozent kommen aus der öffentlichen Hand, aus den von mir im Thesenpapier genannten Institutionen. Rund 10 Prozent kommen von Unterstützerinnen und Unterstützern, u.a. von Frau Klatten, und weitere 10 Prozent aus unseren Aktivitäten mit Start-ups. Dieses Finanzierungssystem müssen Sie über Jahre aufbauen, wir brauchten 20 Jahre Aufbauarbeit. Das können Sie, wenn Sie das Modell kopieren, in anderen Bundesländer aus meiner Sicht verkürzen. Dennoch muss das Bewusstsein da sein, dass es mehrere Jahre braucht, um so ein Modell zu etablieren. Wichtig ist für mich, es muss wirtschaftlich eigenständig sein, es darf nicht allein durch die öffentliche Hand getragen werden.

PStS Mario Brandenburg (BMBF): Herr Vorsitzender, die drei Mal halb angesprochene Bundesregierung äußert sich zu den Themen Reallabore, DATI und soziale Innovationsstrategie.

Zu der Frage der Kollegin Petra Sitte: Bei den Reallaboren herrschte die Angst, dass die Ministerien nicht im Austausch sind. Diese Angst möchte ich entkräften. Das BMWK und wir sind im engen Austausch zu Definitionen, Abgrenzung und Übergängen. Unser Wunsch ist es, einen One-Stop-Shop zu bilden, deswegen ist es ganz klar, dass die Ministerien sich an der Stelle zusammensetzen möchten. Als BMBF bringen wir die Auswirkungen, Forschungsklauseln, Experimentierräume und Freiheiten für die Wissenschaft ein. Ich möchte insofern beruhigen, wir sind im Austausch.

Zu der DATI und der Einbindung von Frau Bruhn beziehungsweise der sozialen Innovation wurde viel gesagt. Wir haben zwei Stakeholder-Dialoge explizit zu diesem Thema durchgeführt. Das erste Gespräch diente dazu, überhaupt ein Verständnis dafür zu bekommen, wie wir diese Gruppe ansprechen. Das Interesse bei der rein technologischen oder forschungsgeleiteten Gruppe ist sehr groß, weil diese den Forschungsanzeiger liest und auf Förderprogramme des BMBFs reagiert. Das ist aber bei der Gruppe der Stakeholder nicht unbedingt gegeben. Deswegen liegt in der DATI eine riesige Chance zum Ansprechen dieser



Gruppe, denn wir erleben oft natürlich einen Technology-Push, aber das ist nicht die ganze Transferkette. Wenn es noch gelingt den Community-pool oder den Marktpool in der Kette mitzudenken, dann haben wir alle etwas gewonnen. Deswegen setzten wir in der DATI große Hoffnung darauf setzen, dass Communities kommen, die soziale Innovationen adressieren. Zu den Förderinstrumenten hat die Kollegin Bruhn bereits Ausführungen gemacht. Frau Bruhn war in jeder Stakeholder Sitzung dabei und wir haben auch einen Jour fixe, wie sich das gehört, Frau Sitte.

Auch in dem Bereich der Strategie rund um die sozialen Innovationen gibt es Austausch mit dem BMWK. Haben Sie keine Angst, dass wir uns nicht austauschen. Wer schon länger hier ist, weiß, dass diese Häuser sich historisch nicht immer grün waren. Umso wichtiger ist es, dass wir uns bei der Strategie gemeinsam austauschen und das zum Leidwesen von Frau Bruhn und der ganzen Community. Wir sind sicher, dass es wesentlich wertvoller ist, sich mit einer gemeinsamen, geeinten Strategie an den Bereich der Unternehmen, aber auch forschungsseitig an die Hochschulen, zu wenden, als wenn es Unklarheiten gibt. Insofern kommt diese Strategie erst im Sommer, aber dafür wird sie sehr gut. Die Strategie kann jeder zu Hause oder im Freibad lesen und sich an dem schönen Ergebnis erfreuen.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank, Herr Staatssekretär, damit wären wir am Ende unseres Expertinnen- und Expertengesprächs. Und ich möchte im Namen des gesamten Ausschusses noch einmal ganz herzlich Danke sagen an Zarah Bruhn als Beauftragte für Soziale Innovationen im BMBF, an Christian Mohr für die UnternehmerTUM GmbH und Matthias Wanner vom Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie. Ich glaube, dass das für uns alle hier im Ausschuss ein durchaus ergiebiges und spannendes Gespräch war, in dem es um neue Innovationen innerhalb unseres Wissenschaftssystems ging mit dem Fokus Gründungen und Ausgründungen, dem Thema soziale Innovationen, Social Entrepreneurship und partizipative Formate wie Reallabore und Experimentierräume. Es sind durch das Gespräch heute, durch die Antworten des Staatssekretärs und die Ankündigungen der Regierungsfraktionsabgeordneten verschiedene

(gesetzliche) Initiativen angekündigt worden. Ich gehe davon aus, dass wir die Ergebnisse und die finalen Initiativen hier zeitnah im Ausschuss aufrufen können. Ganz herzlichen Dank an die Sachverständigen. Damit schließe ich diesen Tagesordnungspunkt.

Tagesordnungspunkt 2

Unterrichtung durch die Bundesregierung

Zukunftsstrategie Forschung und Innovation

BT-Drucksache 20/5710

PSSt Mario Brandenburg (BMBF) führt ein, dass die Strategie im Februar diesen Jahres verabschiedet und daher bereits umfänglich diskutiert worden sei. Um die Abgrenzung von der Vorgängerstrategie – der Hightech-Strategie – zu verdeutlichen, seien vier Punkte wesentlich:

Der erste Punkt sei die breite Beteiligung. Noch vor der Ressortbeteiligung habe die Bundesregierung ein weit gefächertes Feedback von Akteuren wie der DFG, den AUFs, dem Bund, dem Social Entrepreneur Netzwerk und aus der Gesellschaft eingeholt.

Der zweite Punkt sei die Missionsorientierung, die in der Hightech-Strategie nicht mit einer vergleichbaren Konstanz angelegt gewesen sei. Die neue Strategie sei unter dem Einfluss der Zeitenwende zustande gekommen. Durch die Missionsorientierung gebe es eine Fokussierung auf die Anstrengungen und Forschungsleistungen, die Deutschland erreichen könne. Die Strategie verkörpere ein Besinnen darauf, die Ziele schneller zu erreichen, die relevant sind. Die Messbarkeitskriterien, die in der Strategie angelegt und immer wieder Thema der Diskussion seien, spiegeln dies wieder.

Ein weiterer Punkt sei die Umsetzung mit der Einbettung in die Missionsteams. Die Zukunftsstrategie sei der Rahmen des Handelns der Bundesregierung. Der PSSt erläutert weiter, dass die breiten gesellschaftlichen Missionen in kleinere Submissionen aufgeteilt werden müssten und eine Abarbeitung in kleinen Teams iterativ und partizipativ stattfinden müsse. Es komme in diesem Zusammenhang immer wieder zu Kritik, dass die Strategie nicht alle Probleme umfassend löse. Insbesondere deswegen sei es relevant, dass



die Strategie in Missionsteams umgesetzt werde. Die Missionsteams seien eine fundamentale Neuerung im Vergleich zur Vorgänger Strategie. Sie setzten sich regelmäßig aus sechs Akteurinnen und Akteuren zusammen, von denen je drei aus der Politik und drei aus einem für die Mission relevanten Bereich stammten – wie beispielsweise Forschung, Wissenschaft oder Gesellschaft.

Der PStS zieht einen Vergleich zur Enquetekommission und führt aus, dass die Durchmischung der Abgeordneten mit Fachexperten in der Kommission zentral für die Qualität der Diskussion sei. Daher sei es enorm wichtig, dass die Missionsteams halbseitig aufgeteilt werden. Zudem könnten beide Seiten gegenseitig Kontrolle ausüben. Dies sei ein vollkommen neues Verfahren, dem letzten Endes alle Ressorts zugestimmt hätten, weshalb sich die Abstimmung verzögert habe. Die Teams sollen durch eine Geschäftsstelle unterstützt werden, die zum einen operativ unterstütze, die Vernetzung mit DATI und SPRIND sicherstelle und zum anderen die Kommunikation und die Einbindung der Gesellschaft verbessern solle.

Der letzte Punkt sei die Einbettung der Strategie in die EU-Ebene. Der PStS betont, wie wichtig es sei, dass die nationalen Missionen sich mit den EU-Missionen deckten, dass es bei den Submissionen jedoch durchaus individuelle Ausrichtungen geben werde, weil Deutschland auch individuelle Probleme zu lösen habe. Zu nennen sei beispielhaft der Energiesektor und dort spezifisch die Frage nach Energiespeichern, die in Deutschland anders zu lösen sei als in skandinavischen Ländern, die über Pumpspeicherkraftwerke verfügten. Insgesamt seien die Missionen aber an den Zielen der EU auszurichten, weshalb die Missionsteams auch die Querschnitts- und Skaleneffekte zu berücksichtigen hätten.

Eine solche Strategie wirke nicht nur nach außen in die Forschungscommunity, sondern auch nach innen. Deswegen sei es notwendig im BMBF zusätzliche Hausmittel einzuplanen und Themen, wie FIS-Roadmaps zu besprechen. Wenn die Bundesregierung Gelder ausbebe, müsse nachvollziehbar sein, auf welche Mission sich die Ausgaben bezögen.

Abg. **Thomas Mann** (SPD) kritisiert, dass die

Debatte bereits im Plenum geführt wurde. Er begrüße jedoch, dass die Zukunftsstrategie nun vorliegt, denn sie beinhalte spannende neue Ansätze wie die Missionsorientierung. Dass die Abstimmung der Ministerien insgesamt viel Zeit in Anspruch genommen habe, zeige, dass die Ministerien die Strategie ernst nähmen. Eine neue Qualität sei die breite Abstimmung zwischen den Häusern sowohl im Voraus als auch in der Umsetzung der Strategie durch die Missionsteams. Das Thema Zukunftsstrategie werde den Ausschuss auch in Zukunft beschäftigen, wenn die Umsetzung zu neuen Förderlogiken und Förderstrukturen geführt habe, sodass sich über die richtigen Forschungsrichtungen und Technologien beraten werden könne. Er betont, dass es positiv sei, dass die Frage der gesellschaftlichen Einbindung und die stärkere Rolle der Wissenschaftskommunikation insbesondere nach der Bewältigung von COVID und vor dem Hintergrund großer Transformationsherausforderungen nicht vergessen worden sei. In den Tagen der Zeitenwende sei es wichtig die Forschung zu sozialen Innovationen und Resilienz zu stärken, aber auch auf dem Feld der Innovationen gemeinsam voranzukommen.

Abschließend weist er darauf hin, dass jede Strategie sei nur so gut sei wie ihre Umsetzung. Deshalb seien die nächsten Umsetzungsschritte – namentlich die Etablierung der Geschäftsstelle, die Wissenschaftskommunikation des Forums und die Missionsteams – wichtig und zu unterstützen.

Abg. **Thomas Jarzombek** (CDU/CSU) merkt einfürend an, dass der Einfluss der heutigen Debatte hinreichend gering sei, da die Regierung die Zukunftsstrategie bereits beschlossen habe. Zudem seien wichtige Punkte bereits im Plenum erörtert worden.

Die CDU/CSU sieht zwei zentrale Probleme, die die Bundesregierung nicht nur mit der neuen Strategie, sondern auch in Bezug auf die DATI oder SPRIND habe. Das eine sei die Zeitplanung. Bei allen angesprochenen Vorhaben sei der abgesteckte zeitliche Rahmen nicht eingehalten worden. Das andere sei die Priorisierung. Aus der Sicht der Fraktion fehle es bei insgesamt bei 190 Maßnahmen und Zielen an einer



Schwerpunktsetzung. Er kritisiert weiter, dass eine derartige „Kleinteiligkeit“ die Umsetzung nur erschwere, weil die Bundesrepublik als Staat immer komplexer werde. Dabei bedürfe es einer Verschlankung des Staates, wie es die FDP-Fraktion ursprünglich gefordert habe. Es sei daher unverständlich, dass die FDP-Fraktion an einem solchen Vorhaben mitwirke.

Der Staat könne die Umsetzung nicht alleine bewältigen – dies habe sich wiederholt auch aus dem heutigen Expert-/innen Gespräch ergeben. Es bestehe kein Erkenntnisproblem, sondern ein Umsetzungsproblem. Die CDU/CSU-Fraktion schlage daher vor, dass man das bereits vorhandene private Engagement ausbaue und Rahmenbedingungen verbessere. Es sei notwendig, dass man verstärkt privates Engagement einbeziehe – beispielhaft sei hier Early Bird zu nennen, die einen Fonds angelegt hätten, welcher in Uni Teams investiere und Vsquared Ventures, die in neue Technologien investierten. Er verweist auf das Unternehmen BioNTech und darauf, dass es im Zukunftsfonds noch ungenutztes Kapital in Höhe von 1,8 Milliarden Euro gebe. Die Fraktion wolle die letzten zwei Jahre der Wahlperiode nutzen, um die Umsetzung voranzutreiben und biete dafür ihre Unterstützung an.

Abg. **Dr. Anna Christmann** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) führt aus, dass es erfreulich sei, dass die Zukunftsstrategie verabschiedet wurde. Diese sei neben der Startup-Strategie und der Digitalstrategie, die sich bereits in der Umsetzung befänden, eine weitere Strategie im Innovations- und Forschungsbereich. Die heutige Debatte sei durchaus relevant, um die Zukunftsstrategie mit Leben zu füllen.

Die neue Strategie sei ein wichtiger Schritt, denn sie enthalte mit der ressortübergreifenden Abstimmung einen Mehrwert gegenüber vorherigen Strategien. Die Zukunftsstrategie biete zudem das Potential die Forschungslandschaft in Deutschland entscheidend weiterzuentwickeln. Dabei sei klar, dass dieser Punkt mit der bloßen Verabschiedung der Strategie noch nicht erreicht sei.

Zur „Kleinteiligkeit“ in der Umsetzung wendet sie ein, dass man mit den Missionsteams gerade diese Kleinteiligkeit vermeide. Richtig sei, je mehr

Akteure sich einbrächten, desto kleinteiliger werde eine Strategie in der Regel. Daher sei es wichtig, dass in der Zukunftsstrategie zum ersten Mal eine Umsetzungsstruktur verankert wurde. Die Missionsteams seien für sechs entscheidende Gesellschaftsfelder zuständig und ihre Einrichtung notwendig, um die einzelnen Missionen schnell und einfach umzusetzen. Das Forum Zukunftsstrategie werde ebenfalls eine entscheidende Rolle spielen. Die Zukunftsstrategie enthalte insofern neue Schritte, denn die Umsetzung werde transparent stattfinden – zum Beispiel würden die Missionsteams in Kommunikation mit der Öffentlichkeit treten. Insgesamt sei das Tempo, mit dem der Innovations- und Forschungsbereich ausgebaut werde, angemessen.

Abg. **Prof. Dr.-Ing. habil Michael Kaufmann** (AfD) merkt ebenfalls an, dass die wesentlichen Kritikpunkte bereits im Plenum vorgetragen wurden und eine weitere Diskussion wenig sinnvoll sei.

Für die AfD Fraktion sei das verabschiedete Vorhaben keine erkennbare Strategie. Es seien zu viele Floskeln und nur vage Vorstellungen enthalten. Es fehle die Stringenz – weshalb sie den Namen Strategie nicht verdiene.

Zudem nenne die Strategie viele nur nebensächliche Ziele – wie beispielsweise die Vielfalt. Vielfalt sei nicht das zu fördernde Ziel einer Forschungsstrategie. Eine gewisse Vielfalt ergebe sich vielmehr daraus, dass im Rahmen der Forschung die besten Köpfe zusammenträfen.

Auch die Finanzierung sei nicht hinreichend geregelt, denn alle Ziele stünden unter einem Finanzierungsvorbehalt. Wenn die Mittel knapp würden, müssten Teile der Forschungsstrategie gestrichen werden. Ein Inflationsausgleich sei im Haushalt ebenso wenig durchgesetzt worden.

Es gebe darüber hinaus zwei weitere Punkte, die der AfD-Fraktion nicht klar genug abgebildet seien. Der eine betreffe die Abwanderung von Wissenschaftler/-innen aus der Bundesrepublik, der andere Punkt betreffe die Sicherung Energieversorgung. Die Zukunftsstrategie mache zu wenig Angaben darüber, wie die Bundesregierung den sogenannten Brain-Drain stoppen und abgewanderte Wissenschaftler/-innen zurückholen wolle und keine Angaben zur



Sicherung der Energieversorgung. Insofern sehe die AfD-Fraktion weiteren Diskussionsbedarf.

Abg. **Prof. Dr. Stephan Seiter** (FDP) begrüßt die Zukunftsstrategie, die technologieoffen sei und von einer stark einschränkenden selektiven Industriepolitik weggehe.

Strategien seien langfristige Orientierung. So auch die Zukunftsstrategie, die Ziele definiere und anführe, wie diese am besten umzusetzen seien. Im derzeitigen Stadium seien noch nicht alle Ziele genauestens definiert, das sei jedoch auch nicht der Anspruch. Die politische Zielsetzung der Zukunftsstrategie sei es, in den Missionsteams externe Expertise mit der der Ministerien zu vereinen. Die Umsetzung könne erst dann beginnen, wenn der Weg vorgegeben sei. Daher sei es notwendig gewesen zunächst Ziele und Wege in der Zukunftsstrategie festzulegen. Die FDP-Fraktion verweist bezüglich der Wege auf die DATI und die SPRIND sowie auf eine Stärkung der Transferstrukturen im Wissenschaftsbetrieb.

Die Zukunftsstrategie beschreibe einen völlig neuen Prozess, ein Change Management in Bezug auf Wissenschaft, Forschung, aber auch Bildung. Dies sei der große Zusatzgewinn aus der Zukunftsstrategie.

Abg. **Dr. Petra Sitte** (DIE LINKE.) führt aus, dass Alles bereits erörtert worden sei, weshalb sie die Zeit nutzen wolle, um der Bundesregierung einige Fragen zu stellen.

Die Zukunftsstrategie stehe unter dem Vorbehalt einer nationalen Sicherheitsstrategie. Sie frage, wann diese Strategie verabschiedet werde und warum in der bereits verabschiedeten Zukunftsstrategie wenig Augenmerk auf Friedens- und Konfliktforschung und deren Berücksichtigung im Haushalt gelegt worden sei.

Die Links-Fraktion frage zum Thema Resilienz, welcher Krisenbegriff der Strategie zugrunde gelegt wurde und wer diesen definiert habe. Außerdem interessiere sie, wie proaktiv die Regierung im Falle einer Krise vorgehen werde und verweise auf eine sich andeutende Bankenkrise mit zu berücksichtigenden gesellschaftlichen Konsequenzen.

Die dritte Frage betrifft den Finanzierungsvorbehalt. Die Links-Fraktion frage sich, wie die Mittel zur Umsetzung der

Zukunftsstrategie heute schon im Haushalt für das Jahr 2024 geplant werden können.

Als letztes wolle sie wissen, wie ein ressortübergreifendes Vorgehen bei der Umsetzung der Zukunftsstrategie gelingen solle. Die Links-Fraktion möchte wissen, welche Maßnahmen, Instrumente und Indikatoren es geben werde und ob Sanktionierungen für den Fall des Scheiterns bis zum Jahre 2025 vorgesehen seien.

PStS Mario Brandenburg (BMBF) erklärt, die Fragen bündeln zu wollen, da es bei den Themen Überschneidungen gebe.

Die Zukunftsstrategie sei die Richtschnur der Finanzen des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Die Finanzierung folge der Strategie, daher seien bislang keine Beträge hinterlegt worden. Es gebe keinen „Topf“ – der Einzelplan 30 sei der „Topf“. Die Missionen gäben die Richtschnur des Handelns vor, die Finanzierung dieser Strategie sei der Etat des Ministeriums.

Die Bundesregierung räumt ein, dass man sich die Frage nach der Einstellung einzelner Projekte im Rahmen der Zeitenwende generell stellen müsse. Einzelne Projekte müssten früher oder später eingestellt werden. Dies falle der Politik insgesamt – die Vorgängerregierung inbegriffen – schwer. Die Legitimation einer Einstellung werde jedoch stärker, wenn die Ziele der Mission zuvor durch die Gesellschaft und legitimierte Gewählte abgesteckt werde. Sollte sich im Laufe der Zeit herausstellen, dass die Ziele nicht auf dem gewählten Wege erreicht werden könnten, so sei es für die Menschen verständlicher, wenn die Mission eingestellt werde, als wenn ein Einstellungsdekret aus dem Ministerium erfolge.

Die Zukunftsstrategie äußere sich im Übrigen auch zum Thema Energie. In der 1. Mission seien Energie Cases enthalten, denn die Mission ziele hauptsächlich darauf, den gesellschaftlichen Wohlstand durch die klimaneutrale Transformationen der Industrien zu sichern.

Außerdem mache die hohe Anzahl der Ziele die Strategie nicht kleinteilig. Die Ziele stellten ein Rahmenwerk dar. Aus den Zielen wählten die Missionsteams aus, was zur Erreichung der Mission oder der Forschungsziele relevant sei. So



finde eine Priorisierung statt. Nicht ohne Grund habe die Regierung das Beispiel der Energiespeicher erwähnt. Das Thema Energiespeicher könne im Bereich Energie das maßgebliche Forschungsthema sein. Der PStS betont dabei deutlich das Wort „könne“, denn es gehe nach wie vor um Forschung und diese müsse frei sein. Die Bundesregierung wolle nicht die „Best of Ampelwünsche“ erforschen lassen, sondern Forscher/-innen und der Zivilgesellschaft die Themenauswahl überlassen. Selbstverständlich seien mit dieser Vorgehensweise auch Risiken verbunden. Die Bundesregierung sei aber davon überzeugt, dass sich Forschungsziele besser erreichen ließen, wenn alle Stakeholder eingebunden würden. Die politische Vorgabe von Zielen stelle ein verqueres Verständnis von Forschungsfreiheit dar.

Er antwortet im Weiteren auf die Ausführungen aus der CDU/CSU-Fraktion dahingehend, dass private Initiativen durchaus zu begrüßen seien, die staatliche Umsetzung sei jedoch zwingend, weil es den – durch den Haushalt entstehenden – politischen Gestaltungsanspruch optimal zu lenken gelte. Was den regulatorischen Abbau betreffe, teile die Bundesregierung weitestgehend die Meinungen der CDU/CSU-Fraktion. Dieser Themenkomplex sei bereits in Bearbeitung. Die Bürokratie verzögere Abläufe.

Der PStS führt weiter aus, dass die Sicherheitsstrategie weiter in Arbeit sei. Außerdem betont er die Bedeutung der Sicherheitsstrategie für die freie Forschung. Es sei wichtig eine Verbindung zwischen beiden Strategien herzustellen. Die an sich freie Forschung werde an vielen Stellen faktisch eingeschränkt, weil sie sich einer Lebensrealität unterwerfen müsse, mit der es umzugehen gelte. Er nennt beispielhaft den Umgang mit China oder mit IP. Insofern werde mit der Umsetzung der Sicherheitsstrategie begonnen, weil beide Strategien eng verzahnt seien.

Er antwortet auf die Frage der Links-Fraktion zum Umgang der Regierung im Krisenfall, dass sich Finanzkrisen mit der Zukunftsstrategie nur schlecht abbilden ließen. Durch die vorhandene Hightech-Strategie sei es jedoch einfacher geworden solche Krisen aufzugreifen und zu fokussieren. Im Krisenfall könne man angepasst Projektmittel flexibel und nachvollziehbar

vergeben. Die Nachvollziehbarkeit erzeuge dann wiederum Verständnis bei den Forschenden und in der Gesellschaft, wenn die Haushaltsmittel krisenbedingt knapper würden.

Der Ausschuss nimmt die Unterrichtung auf Drucksache 19/8200 zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 3

Antrag der Fraktion der CDU/CSU

Hochschulische Pflegeausbildung stärken – Pflegerische Versorgung von morgen absichern

BT-Drucksache 20/4316

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/4316.

Tagesordnungspunkt 4

Antrag der Abgeordneten Nicole Gohlke, Bernd Riexinger, Gökay Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.

Null-Euro-Ticket für Studierende, Auszubildende und Schülerinnen und Schüler

BT-Drucksache 20/5785

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/5785.

Tagesordnungspunkt 5

Antrag der Fraktion der CDU/CSU

Deutschland als Innovations-, Biotechnologie- und Pharmastandort stärken, EU-Mittel sichern, IPCEI Health beitreten

BT-Drucksache 20/2376

Abg. **Thomas Jarzombek** (CDU/CSU) leitet ein, dass das Thema Biotechnologie bedeutsam sei und die Idee zum Antrag der CDU/CSU Fraktion ihren Ursprung in diesem Ausschuss gefunden habe. Die Fraktion begrüßt es, dass die



Bundesregierung dahingehend das IPCEI (Important Project of Common European Interest) fördert, wenn auch niedriger als von der CDU/CSU Fraktion gefordert.

Es stelle sich die Frage, wie Studien im Bereich Biotechnologie finanziert werden könnten. CureVac und BioNTech seien positive Beispiele solcher Studien. Deren Finanzierung wurde jedoch größtenteils aus privaten Mitteln bestritten. Viele Vorhaben scheiterten an der Finanzierung, wodurch exzellente Forschung und Innovationen verloren gingen. Das bereits vorhandene Programm "KMU innovativ" adressiere ein zu kleines Studiensegment und sei damit unzureichend. Die Fraktion regt an – unter Verweis auf die noch nicht verplanten 1,8 Milliarden Euro aus dem Zukunftsfonds – das Thema Studienfinanzierung im Bereich Biotechnologie zu diskutieren und die Probleme der mangelnden Finanzierung ernst zu nehmen.

Abg. **Dr. Holger Becker** (SPD) erläutert, dass das Thema des Antrages bereits Einzug in das Regierungshandeln gefunden habe. Insofern bestehe kein Dissens mit der Opposition.

Zum Themenkomplex IPCEI merkt die SPD Fraktion an, dass es im Bereich Mikroelektronik es bereits IPCEIs gebe. Die großen EU-Förderprogramme wie Flagships oder IMI (Innovative Medicines Initiative) im Bereich Gesundheitsforschung hätten jedoch nicht immer zu guten Ergebnissen geführt. Bisher gebe es noch keine Maßstäbe (KPIs) für den Erfolg solcher großer Initiativen – sie seien aber in Arbeit. Zunächst werde daher der bisherige Ansatz weiterverfolgt.

Zusätzlich zu den reinen finanziellen Aspekten sei wichtig Deutschland als Standort für klinische Studien attraktiver zu gestalten. Daran arbeite die Bundesregierung bereits, denn Rückmeldungen aus der Industrie hätten ergeben, dass Fragen zum Umgang mit Daten und Ethikkommissionsquoten ebenfalls höchst relevant seien.

Abg. **Prof. Dr.-Ing. habil Michael Kaufmann** (AfD) drückt seine Verwunderung über die einseitige Fokussierung des Antrages auf die Biotechnologie und Pharmaindustrie aus. Auch andere Industrien seien auf finanzielle Mittel angewiesen und würden von verbesserten Bedingungen

profitieren. Insbesondere sei die Pharmaindustrie zuletzt wenig auf finanzielle Hilfe angewiesen gewesen.

Nach Meinung von Professor Wick vom KIT dienten die IPCEI der Konzernförderung. Der freie Markt könne bei geeigneten Rahmenbedingungen viel besser regulieren als der Staat, daher müssten die Rahmenbedingungen verbessert, Investitionshemmnisse abgebaut und Wagniskapital verfügbar gemacht werden.

Viel dringenderen Regelungsbedarf gebe es – nach Ansicht der AfD Fraktion – bei der Frage, wie die Verfügbarkeit von Pharmazie sichergestellt werden könne. Dazu enthalte der Antrag jedoch keine Vorschläge.

Abg. **Dr. Anna Christmann** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erklärt, wie wichtig die Gesundheitswirtschaft und die Stärkung des Biotech-Standortes Deutschland für die Forschung, für Innovationen und die Wertschöpfung seien. Das habe nicht zuletzt die Corona-Pandemie gezeigt. Für den Biotech-Bereich stünden mehrere Instrumente zur Verfügung, zudem gebe es auch die Förderung IPCEI Health. Die Erfolge dieser Förderungen gelte es zunächst abzuwarten. Auch in der Zukunftsstrategie gebe es mit der Gesundheitsmission Verknüpfungen zu diesem Themenbereich, sodass auch weiterhin Dialog notwendig sei.

Abg. **Dr. Petra Sitte** (DIE LINKE.) merkt an, dass das Antragsthema bereits in der Corona-Pandemie diskutiert worden sei. Die öffentliche Förderung von Arzneimittelforschung sei grundsätzlich zu begrüßen – diese müsse jedoch an Bedingungen geknüpft werden. Wo es ein öffentliches Engagement gebe, müsse das Geld auch wieder zurückkehren – beispielsweise durch die Einrichtung revolvingierender Fonds.

Krankheiten, denen ein kräftiger Markt fehlt, wie z.B. Tropenkrankheiten, Alzheimer, ME/CFS würden weniger erforscht. Dort bedürfe es eines verstärkten öffentlichen Engagements und unabhängiger klinischer Studien.

Mit Blick auf Corona und das Unternehmen BioNTech sei zu begrüßen, dass das Unternehmen die Entwicklung verkauft habe, um mit dem eingenommenen Geld die weitere Forschung zu



finanzieren. Die Intention staatlicher Förderung war jedoch in dem Moment verfehlt, als sich die Impfstoffe in der Pandemie verteuerten, weil die öffentliche Hand zuvor große Mengen abgenommen hatte, wodurch enorme Gewinne generiert wurden.

Einer pauschalen Erhöhung der staatlichen Förderung für den Pharmabereich könne die Fraktion DIE LINKE nicht zustimmen, wenn keine konkreten Bedingungen der Förderung benannt werden.

Abg. **Maximilian Funke-Kaiser** (FDP) steht dem Antrag ablehnend gegenüber, da die Bundesregierung 185 Millionen Euro in IPCEI investiere und die Forderungen der CDU/CSU Fraktion somit bereits Regierungshandeln sei.

In der Sache stimmten die Ziele der Fraktionen überein. Es sei zudem wichtig, diese Ziele konsequent zu verfolgen, um eine Auslagerung der Produktion von Biotechnologie zu vermeiden. Die Corona-Pandemie habe aufgezeigt, wie gefährlich eine solche Auslagerung sein kann, daher seien bereits im letzten Haushalt Gelder bereitgestellt worden. Für die Verbesserung von

Rahmenbedingung in Start-ups und bei Neugründungen, die neben dem Geld auch eine bedeutende Rolle spielten, habe der Finanzminister ebenfalls Reformen vorgeschlagen, welche jedoch nicht auf den Weg gebracht wurden. Lösungen finde man nun auch mit privatem Kapital, um entsprechende Technologien im Land zu halten.

Mit dem Gesundheitsdatennutzungsgesetz gehe die Bundesregierung einen weiteren notwendigen Schritt, um bessere Rahmenbedingungen für die Datennutzung von Gesundheitsdaten bereitzustellen. Alles in allem sei die Stärkung des Medizin- und Pharmastandortes in Europa sehr wichtig, um auch in Zukunft resilient aufgestellt zu sein.

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/2376.

Schluss der Sitzung: 11:50 Uhr

Kai Gehring, MdB
Vorsitzender

Verweis auf das Anlagenkonvolut